

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 99 - April 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt
Krise in der
Automobilindustrie
Seiten 4 und 5
Wende in
in Großbritannien
Seite 6
AFA-Kongreß der SPD
Seite 7

Auf den ersten Blick scheint es bestechend einfach zu sein: eine drastische Arbeitszeitverkürzung - so etwa drei Stunden auf einen Schlag, die Besseren verdienen verzichten auf vollen Lohnausgleich, und die Unternehmer schaffen dafür viele neue Arbeitsplätze.

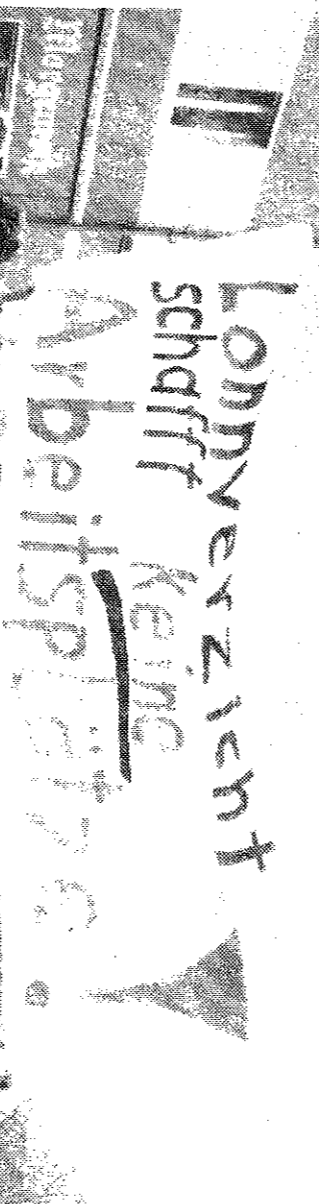
Und eins ist daran auch sicherlich zutreffend: Es ist nicht einzusehen, warum die arbeitende Bevölkerung nicht durch drastische Arbeitszeitverkürzung und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle etwas von der wachsenden Produktivität der Arbeit haben sollte.

Doch ob dies den Unternehmern über den Weg des Lohnverzicht schmackhaft gemacht werden soll und kann - da genau liegt der Hund begraben.

Haben die Unternehmer etwa in den letzten Jahren so wenig verdient, daß sie sich Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht leisten können? Das kann man beim besten Willen nicht behaupten. Die Unternehmensgewinne sind in den letzten Jahren

dermaßen explodiert, daß sie gar nicht mehr wissen, wohin damit und vorzugsweise an der Börse spekulierten.

NEIN ZUM Lohnverzicht 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich



Das Nettoeinkommen der Unternehmer hat sich zwischen 1981 und 1986 um durchschnittlich 12,7% im Jahr erhöht. Selbst das unternehmerfreundliche Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das diese Zahl bekanntgab, schließt daraus: „Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren enorm verbessert... Die bereinigte Lohnquote - als Maß für die Verteilungssituation zwischen Kapital und Arbeit - ist sogar auf das Niveau von Anfang der 60er Jahre gefallen.“ (DIW Wochenbericht 2/87).

Die letzte Angabe macht deutlich, daß es bereits einen Lohnverzicht gegeben hat, wenn der Anteil der Löhne am Sozialprodukt so drastisch gefallen ist. Das hat sich allerdings bisher in keiner Weise positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt.

Gewinne gestiegen

Ein weiterer Lohnverzicht ist daher überhaupt nicht einzusehen. Denn Produktivität und Reichtum würden zur gleichmäßigen Verteilung der Arbeit auf alle ohne Lohnverzicht durchaus ausreichen.

Aber die Unternehmer sind schließlich kein Wohlfahrtsverband, der produziert, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ihnen geht es nur um eins: um die bestmögliche Verwertung ihres Kapitals - spricht Profitmaximierung. Deshalb denken sie nicht im Traum daran, etwas von ihren Superprofitten der letzten Jahre abzutreten und dafür Ar-

bbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen ihnen jedes finanzielle Zugeständnis durch zähen Kampf entreißen. Hätten die Gewerkschaften das nicht von Beginn ihrer Existenz an getan, dann säßen die Arbeiter heute noch wie zu Beginn der industriellen Revolution mit einem 16-Stunden-Tag und Hungerlöhnen da; letzteres hat übrigens schon damals den Arbeitslosen nicht geholfen.

Arbeitsplatzgarantie?

Und wie sieht es mit der geforderten Arbeitsplatzgarantie aus? Eine solche Garantie ist völlig unmöglich. Das haben die Rheinhauser Arbeiter am eigenen Leib erfahren müssen, die von der Kapitalseite unterzeichnete Verträge über das sogenannte „Optimierungskonzept“ in der Tasche hatten. Acht Wochen später waren sie das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Welcher einzelne Unternehmer - und sei er auch Boß des Arbeitgeberverbandes - könnte eine Garantie für andere Unternehmer übernehmen, daß diese mehr Arbeiter einstellen? Seit wann lassen sich die Unternehmer von ihren Konkurrenten ins Geschäft reden? Arbeitgeberverbände sind schließlich keine solidarische Vereinigung wie die Gewerkschaften, sondern eine Bande konkurrierender Räuber, die sich zwecks besserer Koordinierung der Raubzüge gegenüber ihren Opfern zusammenschlossen haben.

Fortsetzung Seite 7

Privatisierung

Zerschlagung der Post im Auftrag des Kapitals

Die Neuorganisation der Post läßt die Post so, wie sie Millionen Bürger haben möchten - bürgernah... Denn unser oberstes Gebot ist auch in Zukunft: ein überall erhältliches und dabei kostengünstiges Angebot in hoher Qualität.

Das verkündete Postminister Schwarz-Schilling auf Kosten der Steuerzahler in ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse. „Bürgernah“ und „kostengünstig“ soll es sein, wenn die 20 freien Gebühreneinheiten geschnitten werden und der Zeitrück bei den Ortsgesprächen um 2 Minuten gekürzt wird?

Ach so - die Ferngespräche werden billiger. Und wer profitiert in erster Linie davon? Nicht die kleinen Privatkunden, sondern vor allem Geschäftslente.

„Bürgernah“ soll auch die von Schwarz-Schilling erlassene „Personalumänderung“ im Briefzustellendienst sein. Die Zustellbezirke sollen noch in diesem Jahr vergrößert werden. Das bedeutet, daß Briefe, Zeitungen und Paketen später ausgeliefert werden und die Briefträger unter enormem Zeitdruck stehen. Neben Serviceverschlechterungen für die privaten Haushalte führen die geplanten Maß-

10.000 Stellen sollen noch in diesem Jahr bei der Post gestrichen werden. Beim Gesetzentwurf zur Neuorganisation der Post wurde auch deutlich, wer bei uns die Gesetze macht.

Ein erlauchter Kreis von Banken- und Industrievertretern, hochdotierten Professoren und CSU/CDU/FDP-Vertreter bildeten eine offizielle Regierungskommission, um die Zerschlagungspläne auszuarbeiten. Um nicht ganz den Schein der Ausgewogenheit zu verlieren, durfte auch noch ein Vertreter der Postgewerkschaft und Peter Glotz (SPD) an dem Gremium teilnehmen. Ein Vertreter der Postge-

Kein Vertreter für die Beschäftigten bei den Endgerichteinstellungen Siemens, SEL... Kein Vertreter für die Millionen Haushalte... Aber ein Vertreter für Commerzbankaktionäre, ein Vertreter für die Geschäftsführung von Telefonbau & Normalzeit, ein Vertreter für den Bund Deutscher Industrie. Und beraten wurde der Kreis vom Unternehmensberatungsbüro MacKinley, das für seine Gutachten 1,1 Millionen Mark kassierte.

So geht also „alle Macht vom Volk aus“ in unserer Demokratie. Und welche ein Zufall, daß sich die Vorschläge der Relekturkommission

ling und Bundeskanzler Kohl decken. Nur Strauß ist dagegen. Er vertritt die Einzelinteressen des in Mühen an-sässigen Siemens-Konzerns, der gegen die Neuorganisation bei der Post ist. Der Konzern hat Angst, daß sein ruhiges Leben als Hofflieferant der Deutschen Bundespost mit dem Auf-tauchen multinationaler ausländischer Konzerne im Telekommunikationsbereich vorbei ist.

Hauptbetroffene vom verstärkten Konkurrenzkampf auf dem Markt für Endgeräte und digitale Vermittlungsstellen werden aber nicht die Siemens-Aktionäre, sondern die Siemens-Beschäftigten sein.

Siehe auch Seite 8. Warum der K-

Der Kommentar

Baden-Württemberg:

Lieber gleich das Original

Das baden-württembergische Landtagswahlergebnis liegt außerhalb des Trends. Die Wahlbeteiligung stieg leicht, die Rechtsparteien bekamen über 150.000 Stimmen dazu. Die SPD als größte Oppositionspartei verlor 0,4%. Steht man von der Landtagswahl 1968 ab (Große Koalition), sind die 32% für die SPD das schlechteste Ergebnis seit 1956. Dabei haben sich die Zeiten völlig verändert. Die Zeiten des „Wirtschaftswunders“ sind auch in Baden-Württemberg längst vorbei. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltzerstörung, Sozialabbau gehören zum Alltag im Musterlande. Im Wahlkampf gab es Ankündigungen von Massenentlassungen, enorme Zunahme von Kurzarbeit, Versuche die Arbeitszeit zu flexibilisieren. . . . Die Bevölkerung ist auch betroffen von den Angriffen der Kohl-Regierung. Die Jugend ist nicht weniger kritisch als in der ganzen BRD.

Zu Beginn des Wahlkampfes war die Mitgliedschaft der SPD mehr motiviert zu kämpfen als in früheren Wahlkämpfen. Dennoch verlor die SPD die Wahl. Der Hauptgrund dafür ist, daß die SPD keine grundlegende Alternative zum kapitalistischen Krisenmanagement der bürgerlichen Parteien anbot und gegen die Späth-Regierung nicht kämpferisch antrat. Das Programm des „Neuen Fortschritts“ erschien als eine Kopie der Späthchen Wirtschaftspolitik. Und warum die Kopie wählen, wenn man das Original hat und mit diesem Original anscheinend sogar besser fährt als in krisengeschüttelten SPD-regierten Bundesländern. Die SPD versäumte es, die katastrophalen wirtschaftlichen Perspektiven zu verdeutlichen.

SPD verbreitete Optimismus über Kapitalismus

Zur Zukunft des baden-württembergischen Kapitalismus wurde sogar bewußt Optimismus verbreitet. Als ob sich ein Bundesland vom Weltmarkt oder nationalen Krisenentwicklungen isolieren könnte. Das positive Bild, das von Baden-Württemberg gezeichnet wurde, geriet zur Werbung für die CDU. Und wenn es schon nur eine Politik mit den Unternehmen geben kann, wie die SPD-Führung ständig betonte, dann ist es wohl sinnvoller, gleich die Unternehmerpartei zu wählen. Schließlich hat Späth die besseren Beziehungen zu den Chefetagen der Konzerne. Die SPD-Führung verzichtete sogar darauf, Edzard Reutters Forderung nach Lohnverzicht und Stopp weiterer Arbeitszeiterkürzung zurückzuweisen.

Das Wahlergebnis ist auch eine Antwort auf Lafontaines Thesen zur Arbeitszeiterkürzung. Die SPD-Spitze in Baden-Württemberg stellte sich voll hinter Lafontaine und stieß damit auf massive Proteste der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und der IG-Metall.

„Für Unternehmer ist Anbiederung kein Grund SPD zu wählen. Aber für uns könnte es einer werden, sie nicht zu wählen.“ Das Stand auf dem Plakat eines Metalleis bei einer Wahlveranstaltung mit Oskar Lafontaine in Stuttgart. Gerade in ihren Hochburgen erhielt die SPD ihr höchsten Verluste. Das heißt, die Arbeiter hatten am wenigsten Vertrauen in die SPD.

Spekulationen über eine Große Koalition

Dieser Vertrauensverlust wurde verstärkt durch die ständigen Spekulationen um eine Große Koalition. Lothar Späth tat so, als ob er lieber mit der SPD als mit der FDP koalieren würde. Aus seiner Sicht war das ein geschicktes Wahlkampfmanöver. Seine Angriffe auf die FDP führten zu beachtlichen Stimmenverlusten für Döring & Co. Und weil die SPD-Führung auf die Koalitionsdiskussion einging, wurden SPD-Wählerschichten demokratisiert. Schwankende Wähler mußten die Bereitschaft der SPD-Führung zur Großen Koalition als Teilzustimmung der SPD zur CDU-Politik aufzufassen, und wählten dann gleich CDU. Überhaupt wurde Späth von der SPD mit Samthandschuhchen angefaßt.

Die SPD-Bundestagsfraktion in Bonn trägt mit ihrer laschen Oppositionspolitik Mitverantwortung dafür, daß sich Späth als Opposition gegen die Bundesregierung profilieren konnte.

Die Niederlage der SPD in Baden-Württemberg ist eine Warnung an die SPD in Schleswig-Holstein und die gesamte SPD. Sie braucht eine Umnorientierung in Theorie und Praxis. Die Politik der Anpassung an den Kapitalismus mit dem Ziel, sogenannte bürgerliche Schichten zu gewinnen, ist gescheitert.

Späth triumpht über seinen Wahlsieg. Doch dieser Triumph wird nicht lange anhalten. Die kommenden Rezession wird Baden-Württemberg hart treffen. Die Arbeiter und Angestellten in Baden-Württemberg werden sich ihren relativ hohen Lebensstandard nicht einfach wegnehmen lassen - weder von den Unternehmen noch von einer CDU-geführten Landes- und/oder Bundesregierung. Denn die andere Seite der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist eine selbstbewußte, in gewerkschaftlichen Kämpfen erprobte Arbeiterklasse.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P/GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

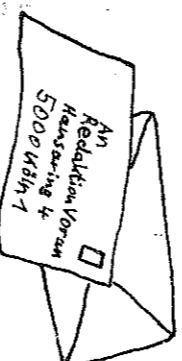
Kampffonds

Sammlt Spenden für VORAN!

Die arbeiterfeindliche Politik der CDU-Bundesregierung zeigt es Tag für Tag: Wir brauchen eine sozialistische Alternative. Mit einem klaren sozialistischen Programm kann die Regierung und das System der Kapitalisten bekämpft werden. Die SPD sollte an vorderster Front stehen, um die Mehrheit der arbeitenden Menschen für den Sozialismus zu gewinnen.

Die SPD feiert in diesem Jahr ihren 125. Geburtstag. Doch statt das zum Ausgangspunkt einer großen Kampagne zur Stärkung der Parteipresse zu machen, ist zu erfahren, daß die SPD-Spitze die traditionstreiche Vorwärts-Druckerei verkaufen will. Das ist nicht gerade ein schönes Geburtstagsgeschenki!

VORAN feiert bald den 15. Geburtstag und ist gerade dabei, den Grundstock für eine eigene Druckerei zu legen. Das Vertrauen unserer Leser drückt sich in den Spenden aus: Redaktionsclubb Anfang März eingegangen. Helft mit dabei. VORAN als



Liebe Genossinnen und Genossen!

Nun ist die Steuerreform von 1990 fast unter Dach und Fach: 39,2 Mrd. DM wird sie dem Steuerzahler bringen, 19,2 Mrd. DM wird sie dem Steuerzahler nehmen (von denen bereits 18,2 Mrd. DM in Koalitionsgesprächen festgelegt worden sind), alles auf Kosten des kleinen Mannes. Alle Bundesbürger fühlen sich von der Bundesregierung verratscht. Hunderte, wenn nicht Tausende Mark im Jahr werden die meisten Steuerzahler sparen, versprach die Bundesregierung. - Doch jetzt ist die Katze aus dem Sack: Was uns der Finanzminister mit der einen Hand gibt, nimmt er uns mit der anderen gleich wieder weg. Von „sozialer Ausgewogenheit“ keine Spur! Denn daß etwa künftig die Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge versteuert werden müssen, das trifft ja wohl kaum die Millionäre! Das trifft hunderttausende von Arbeitnehmern, die es ohnehin schon schwer haben, weil sie zu den unumenschlichsten Zeiten malochen müssen! Ausgerechnet sie sollen auch noch bestraft werden dafür, daß sie ihre Nächte, ihre Sonn- und Feiertage für die anderen opfern!

Und ist es etwa „sozial ausgewogen“, daß man den Arbeitnehmern den - ohnehin schändlich niedrigen - Essensbeitrag von täglich 1,50 DM streicht, in vielen Fällen also das Kantinensessen teurer wird, während die Bosse, die auf Geschäftskosten in den Luxusrestaurants schleimen, 80% von der Rechnung von der Steuer absetzen können!

Und ausgerechnet eine Regierung, die doch angeblich soviel von der Eingenössvorsorge der Bürger hält ausgerechnet die besteuert nun die Zinsen der Lebensversicherungen! Sie bestraft also alle, die sich nicht nur auf den Staat verlassen, sondern selbst für das Alter vorsorgen wollen. Dazu paßt nur zu gut, daß auch jeder geschöpft werden soll, der sein sauer verdientes Geld nicht aufs - nur niedrig verzinst - Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist (3 Monate) einzahlt, sondern ein blühendes günstiger anlegen will. Und als wäre es nicht ohnehin schon eine Riesensauerei, was das Finanzamt vom Weihnachtsgeld kassiert - künftig soll uns noch mehr weggenommen werden!

Eine grandiose „Steuerreform“ ist das!

Es grüßt Euch, Genossen, Gerhard Nysten, Aachen SPD-Mitglied

marxistische Stimme der SPD auf-

und auszubauen.

Von den zahlreichen Einzelspenden, die bei uns eintrafen, wollen wir einige nennen:

VORAN-Leser in Bremerhaven veranstalteten einen Video-Abend und sammelten anschließend 35,- DM für den Kampffonds. Helga Petersen, ebenfalls aus Bremerhaven, spendete 10,- DM. Andreas Paqué aus Köln gab 100,- DM. In Aachen spendeten Walter Dohlen 20,- DM und Willi Sieberichs 11,- DM. Ulrich Beier aus Frankfurt spendete 40,- DM. In Stuttgart wurden bei einer DGB-Demonstration Buttons verkauft: 73,20 DM Erlös für den Kampffonds. Der Stuttgarter AFA-Vorsitzende Jürgen Hesse spendete 50,- DM. Weitere Spender aus Stuttgart: Stefan Fisahn und Joe Preuss, Auszubildende, jeweils 25,- DM und Luise Jahnke, Angestellte, 11,63 DM. VORAN-Leser in Nürnberg sammelten 142,- DM für die Zeitung.

Leserbriefe

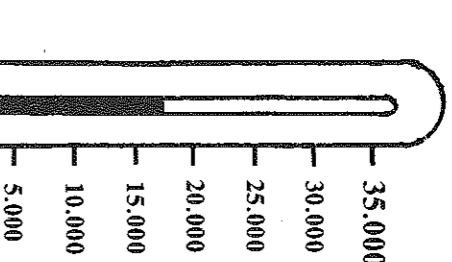
Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Miriam Alberti und Kim Oganooori von der Juso-Schiffelgruppe Aachen machen ihrem Ärger über Oskar in Vorstern Luit und schicken uns folgendes Gedicht:

Es wurde eine große Diskussion angefaßt, durch das, was der „linke“ Lafontaine gesagt.

Er erklärte immer wieder öffentlich: „35-Stundenwoche bei Lohnverzicht“! Arbeitgeber, Strauß und Bangemann sind mit dabei, damit rannte er rechts an CDU und FDP vorbei.

Doch Arbeitnehmer und Gewerkschaften fänden kein Entzücken, es war ihnen eher ein Dolch in den Rücken, als er zur Arbeitslosigkeit noch wagte



Spendenkonto:
VORAN Postgromt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Verkauf

VORAN



Sogar im Karneval kommen marxistische Ideen gut an! Dies belegt das Beispiel eines Kasseler Bundesbahnbeschäftigten, der den Düsseldorf Karneval besuchte. Kaum angekommen, stürzte er sich in die Menschenmassen und verkaufte 10 Exemplare der VORAN-Stahlbrotschüre, die er statt Zeitungen bei sich hatte.

Das zeigt: Überall treffen unsere Ideen auf Interesse. Man soll es aber nicht dem Zufall überlassen! Eine Verkaufskassaktion mit etwas Fanatase bringt auch immer gute Ergebnisse. So, z.B. im Kölner Arbeiterstadteil Ehrenfeld, wo sich einige Leser an einem Samstagvormittag vor den Aldi stellten. Sie hatten sich ein „Sandwich“-Umhängetag (das ist ein größeres Stück

zu sagen, die Gewerkschaften hätten Mitschuld zu tragen. Denn er die Wahrheit nicht erkannt, Schuld sind die Unternehmer, das ist bekannt!

Sie müssen jährlich viele entlassen, damit ihr Profite nicht nachlassen. Während Lafontaine über Solidariätssopfer der Arbeiter singt, die Steuerreform den Reichen noch mehr Geld einbringt.

Was sollen wir uns den Kopf der Untermehrer zerbrechen, und nachher müssen wir doch selber blechen.

Alle Angriffe gehen an den erkämpften Wohlstand, darum fordern wir SPD und DGB Hand in Hand

Karton, beklebt mit Parolen oder Plakaten, das man sich mit einer Kordel um den Hals hängt) mit der Parole: „Die Unternehmer sind zu reich, wir brauchen vollen Lohnausgleich.“ Angesichts der Lafontaine-Diskussion fühlen sich die Passanten angesprochen. 10 Zeitungen wurden verkauft und interessante Diskussionen geführt.

Solche Beispiele lassen sich überall nachahmen - und wenn dabei auch die Sammellosen eingesetzt werden, springt jede Menge für den Kampffonds raus. Denkt daran, immer nach dem Solidaritätspreis von 2,- DM zu fragen - die Erfahrung zeigt, daß die meisten Käufer bereit sind, sie zu bezahlen!

Bürokratie

Kampf ums Existenzminimum

Hendrich, arbeitslos, 26 Jahre, be-
richtet von seinen Erfahrungen mit der
Bürokratie in Arbeits- und Sozialäm-
tern:

„Wird jemand arbeitslos, so hat er
das Recht, einen Antrag auf Arbeitslo-
sengeld zu stellen. Jetzt kann die Bü-
rokratie so richtig zuschlagen. Zuerst
werden jede Menge Papiere und Foto-
kopien verlangt. Meist wollen die Bü-
rokraten einige Dinge doppelt beschei-
nigt, die sie sowieso schon in den Ak-
ten haben. Eine riesige Rennerlei geht
für den sowieso schon arg gebeutelten
Arbeitslosen los.“

Von dem eigentlichen Antrag wol-
len wir gar nicht reden, denn die mei-
sten Anträge kommen mit ihren Fra-
gen einem Offenbarungseid gleich.
Meist wird sogar so dreist gehandelt,
daß man mit seiner Unterschrift sogar
den Herumschütteln Tür und Tor
öffnet. Stellt man dann diesen Antrag,
zeigt einem der Sachbearbeiter mit
großer Deutlichkeit, wer der Herr im
Haus ist. Aufgrund seines hohen So-
zials kann es diesem Herrn egal sein,
wie tief ein Arbeitsloser im Dreck
steckt.

Unverständnislicherweise herrscht bei
der Bundesanstalt für Arbeit ein ma-
ssiver Personalmangel (und das bei der
hohen Arbeitslosigkeit), was unwe-
genlos

gerlich zu unerträglichen Wartezeiten
führt. Landläufig wird ja immer noch
gesagt, die Arbeitslosen hätten ja ge-
nügend Zeit.

Ist der Antrag bewilligt, so wartet
man trotzdem vergebens auf Geld.
Statt das Geld direkt per Überweisung
auszuschütten, geht es erst einmal nach
Nürnberg, wo die Auszahlung noch-
mals abgesegnet wird. Die Überwei-
sung eines lächerlichen Betrages dau-
ert so also eine Woche (und das bei
jeder neuen Überweisung).

Wer eine Arbeit aus Krankheits-
gründen aufgibt, ist noch ärmer dran.
Dies trifft nämlich einen Amtsarzt auf
den Plan. Aufgrund seiner Erfahrung
und einiger „Idiotentests“ erdreht
sich dieser Mann doch tatsächlich sa-
gen zu können, welche Arbeit man tun
kann und welche nicht. Der weitere
berufliche Weg des Arbeitslosen (der
sowieso in den meisten Fällen vergeb-
lich auf eine Zuweisung hofft), liegt
also auf Gedeih und Verderben in der
Hand dieses Arztes.

In der Praxis darf monatlich nur ein
bestimmter Betrag bewilligt werden
(und zwar als Gesamtbetrag). Über-
schreitet ein Antrag oder eine Baraus-
zahlung diesen Betrag, so wird er in
der Regel etwas verzögert.
Viele Arbeitslose werden in ABM's



Arbeitslose in Dortmund: totale Verschuldung und Isolation

Aufrüstung Friedensfähiger Imperialismus?

1987 betragen die Militärausgaben
der Welt einer amerikanischen Stadt
zufolge 930 Milliarden Dollar. Das wa-
ren 50 Milliarden Dollar mehr als 1986,
dem „Jahr des Friedens“ der UNO.

Frieden hat es in der gesamten so-
genannten „Nachkriegszeit“ nicht gege-
ben. Über 200 Kriege bzw. Bürgerkrie-
ge tobten weltweit. Allein 1987 waren
22 Kriege im Gange, die bisher 2,2 Mil-
lionen Todsopfer gefordert haben.
Eine Rekordzahl in der „Nachkriegs-
zeit“, ja in der Geschichte der Mensch-
heit. Und das in einem Jahr, in dem
der als „historisch“ bezeichnete Abrü-
stungsvertrag von Reagan und Gor-
batschow unterzeichnet wurde.

Bei dieser Gelegenheit erhob eine
breitere Öffentlichkeit, daß es sich bei
den bisherigen Verträgen gar nicht um
tatsächliche Abrüstungsvereinbun-
gen gehandelt hat. Sie hatten lediglich
eine Begrenzung der Aufrüstung zum
Inhalt. Und was folgte diesem ersten
Abkommen über die tatsächliche Ver-
schröpfung atomarer Mittelstrecken-
raketen auf dem Fuße? Umgehende
Überlegungen zur Modernisierung be-
stehender und Entwicklung neuer Sys-
teme und Abschreckungsstrategien
seitens der NATO. Vom SDI-Projekt
ganz zu schweigen.

Nach wie vor geben die beiden Su-
permächte den Löwenanteil der welt-
weiten Militäraufwendungen aus:
1987 waren es 59%. Die entwickelten
Industrielande gaben 790 Mrd. Dol-
lar für Rüstung aus (76 Mrd. mehr als
1986), die Länder der „Dritten Welt“
140 Mrd. Dollar (5 Mrd. mehr als

1986). 26,6 Millionen Menschen stan-
den 1987 weltweit unter Waffen (1986:
25,8 Mio.).

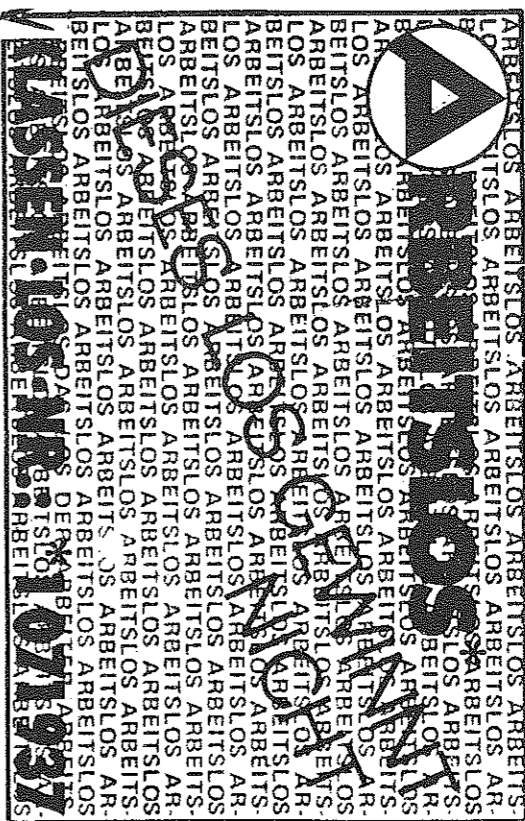
Und da gibt es trotzdem Leute, die
einen Silberstreifen am Horizont zu
entdecken glauben. Kurt Hager, Mit-
glied des Politbüros der SED, ent-
wickelte die These, der Imperialismus
müsse und könne „friedensfähig ge-
macht“ werden. Unter Linken hierzu-
lande, in SPD und Jungsozialisten
wird eine „Koalition der Vernunft“
mit den „friedlichen Teilen des Imperia-
lismus“ beschworen.

Die Tatsache, daß es wegen der Exi-
stenz der Sowjetunion und der Stärke
der Arbeiterklasse noch keinen Krieg
vor ihrer Nase, nämlich in West- und
Mitteluropa gegeben hat, scheint sie

gesteckt, die meist nur einen Zweck
erfüllen: Diese Menschen tauchen in
der offiziellen Arbeitslosenstatistik
nicht mehr auf. Das kapitalistische Sys-
tem schreibt also auch noch den Ar-
beitslosen vor, wieviel sie zum Leben
brauchen. Die Frage ist nur, wie sich
ein Kapitalist mit einem Riesenein-
kommen vorstellen kann, was der
Normalbürger für seine Bedürfnisse
braucht, zumal bei jeder (in diesem
System unvermeidlichen) Krise zuerst
ganz unten eingesparrt wird. So ist der
Weg in die Arbeitslosigkeit (den uns
das kapitalistische System in den
nächsten Jahren noch mehr aufzwin-
gen wird) meist ein Weg in eine totale
Verschuldung und einer neuen Armut,
ja, meist sogar in eine Isolation.

Das gleiche gilt, wenn auch ver-
schärft, für die verschiedenen Sozial-
ämter. Auch hier wird gespart, wo es
nur geht. Der Kampf um das Existenz-
minimum ist meist durch viele büro-
kratische „Knüppel“ verbaut. Leute
mit einem ziemlich hohen Einkom-
men entscheiden über die Bedürftig-
keit anderer. Der leere Kühlschrank
oder der Hunger, der vom Hilfsan-
suchen verspürt wird, tut nichts zur
Sache. Entscheidend ist allein, was
dieser Mensch hat. Das Sozialamt
wird deshalb nicht zögern, Hilfes-
zu Trugschlüssen zu verfallen. Der
Imperialismus ist nicht friedensfähig
und kann es auch nicht sein. Dieses
System basiert auf der Ausbeutung
des Menschen. Und dabei macht es
nicht an nationalen Grenzen halt. Zur
Niederhaltung seines äußeren und in-
neren Feindes braucht es Armeen.
Denn Kriege sind die Fortsetzung des
kapitalistischen Konkurrenzkampfes
mit militärischen Mitteln. Und Bür-
gerkriege sind die Fortsetzung des
Klassenkampfes mit militärischen
Mitteln.

Die eingangs genannten Zahlen
sprechen hierzu eine unerhörtliche
Sprache. Weltfrieden wird es nicht ge-
ben, solange es den Imperialismus
gibt.

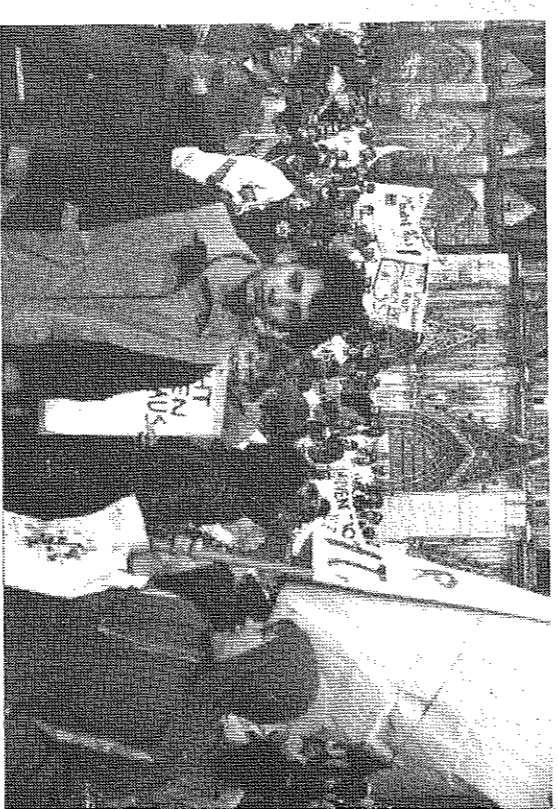


chende an andere Stellen zu verweisen.
Meist wird erst gezahlt, wenn es wirk-
lich nicht mehr anders geht, also sämt-
liche Versuche, andere Stellen zum

Jungsozialisten Wiesbaden-Altstadt 2500,- DM für Rheinhausen

Auch im „wohlhabenden“ Rhein-
Main-Gebiet ist das Interesse an den
Kämpfen in Rheinhausen sehr groß.
Unsere Juso-AG Wiesbaden/Altstadt
hat seit Dezember zahlreiche Sammel-
aktionen auf der Straße veranstaltet
und damit regen Zuspruch gefunden.

Die IG-Metall-Verwaltungsstelle
hat uns dankenswerterweise hierfür
rote Helme und gelbe Regenmäntel
zur Verfügung gestellt. Bei vielen
samstäglichen Einkäufen war allem
dadurch der Griff zur Geldbörse eine
solidarische Selbstverständlichkeit.
Bis jetzt haben wir insgesamt über
2500,- DM sammeln und teilweise
den Rheinhausenern direkt übergeben



Als nächstes planen wir Aktionen
zur Unterstützung der Postgewerks-
chaft im Kampf gegen die Zeitschla-
gung der Bundespost. Bereits im Fe-
bruar hatten wir den Bezirksjugendese-
kretär der DPG in unserer AG zu
Gast.

Maria Clara Roque
Juso-AG-Sprecherin

Auch in Köln verfährt die Stadt nach der alten Methode: Man zieht das Get-
denen aus der Tasche, die sowieso nicht viel haben und sich schlecht wehren
können. So beschloß der Rat - mit den Stimmen der SPD - den Essenszuschuß
für Gesamtschulen zu streichen. Bisher kostete hier ein Mittagessen 3,- DM
davon waren 1,10 DM städtischer Zuschuß.
Die Schüler befürchten nun, daß das Essen entweder schlechter oder teurer wird
- oder beides. Um zu zeigen, daß sie sich diese Maßnahme nicht so einfach
gefallen lassen, demonstrierten ca. 2000 Gesamtschüler am 29.2. vor dem Rat-
haus.
Und wofür werden die eingesparrten 250.000 DM ausgegeben? Zum Beispiel für
die große Werbekampagne der Stadt. 1,7 Millionen DM sollen ausgegeben
werden, um den privaten Unternehmen klarzumachen, was die Stadt als „Wirt-
schaftszentrum West“ alles tun will, um deren Profite zu sichern: So soll die
„kommunale Störfaktoren“ für die Wirtschaft festgestellt und beseitigt werden
ganze Gebiete werden von der Stadt aufgekauft und hergerichtet, so daß Unte-
nehmen sich um nichts anderes mehr kümmern brauchen als um den Unzu-

10. Info-Dienst

zu den Kahlschlag- und
Privatisierungsplänen bei
der Bundespost mit Aktion
Tips. Kann bei der
Redaktion bestellt werden

Red. VORAN, Hansaring 4
5 Köln 1, Tel. 0221/13450

Den Solidaritätspreis von
2 DM ab besten mit Brief-
marken bezahlen.

Alle reden vom Frieden



Die für Juni geplante bundeswei-
te VORAN-Veranstaltung muß-
te aus organisatorischen Grün-
den verschoben werden. Ein neu-
er Termin wird in einer der näch-
sten Ausgaben bekanntgegeben.

VORAN
Kahlschlag bei der Post
Gegen Privatisierung und
INFO-DIENST Nr. 10
Kahlschlag bei der Post
Gegen Privatisierung und
INFO-DIENST Nr. 10
Kahlschlag bei der Post
Gegen Privatisierung und
INFO-DIENST Nr. 10

Eine Branche vor der Krise

Motorschaden in den Autos

Jahrzehntelang war die Autoindustrie der Wachstumsmotor der Wirtschaft. Produktion und Absatz stiegen schier unauffalt- sam; statt Fabrikschließungen riesige Investitionsprogramme, statt Arbeitslosigkeit Neuenstellungen und Arbeitszeitverkür- zung.

Millionen ausländischer Arbeiter wurden angeworben, Baden- Württemberg als Hauptstandort der Autoindustrie gar der Titel "Musterländle" verliehen. Doch die Jahreswende bescherte die- ser Branche ein jähes Erwachen: Kurzarbeit bei Porsche und Audi, Kurzarbeit und Er- Und fast täglich folgen

Das es auch in Autoindu- würde, war r. anders zu erwarten. Wo viel v. te wird, fließt auch viel Kapital l. Investitionen bedeuten mehr k- tion: Der Absatz muß steigen. Doch dem steigenden Absatz sind Grenzen gesetzt, wenn Löhne und Gehälter welt- weit stagnieren oder sogar real sinken, wie in vielen Ländern. Es kommt zur Überproduktion, die Massenkaukraft der Lohnabhängigen bleibt hinter den Produktionssteigerungen zurück.

Massenmotorisierung

Der 100. Geburtstag des Automobils wurde zwar in Deutschland gefeiert, die Massenmotorisierung ging jedoch von den USA aus. Die Rocketeller-Gruppe, Besitzer der Ölfelder im Süden der USA und später Mexiko (Standard Oil), lie- fernte das nötige Kapital, um den Ein- fluß der bis dahin mächtigsten Kapitalis- ten aus der Eisenbahn- und Schwein- industrie zurückzudrängen.

Henry Ford nutzte die Chance, wech- selte von teuren Luxusautos für die Rei- chen auf die Produktion eines einzigen, um ein Drittel billigeren Modells. Die „Tin Lizzy“ wurde ab 1913 als erstes Auto der Welt am Fließband in Millio- nenstückzahl gebaut. Durch die neue Technik stieg die Produktion bei glei- cher Zahl der Arbeiter um das vier- fache.

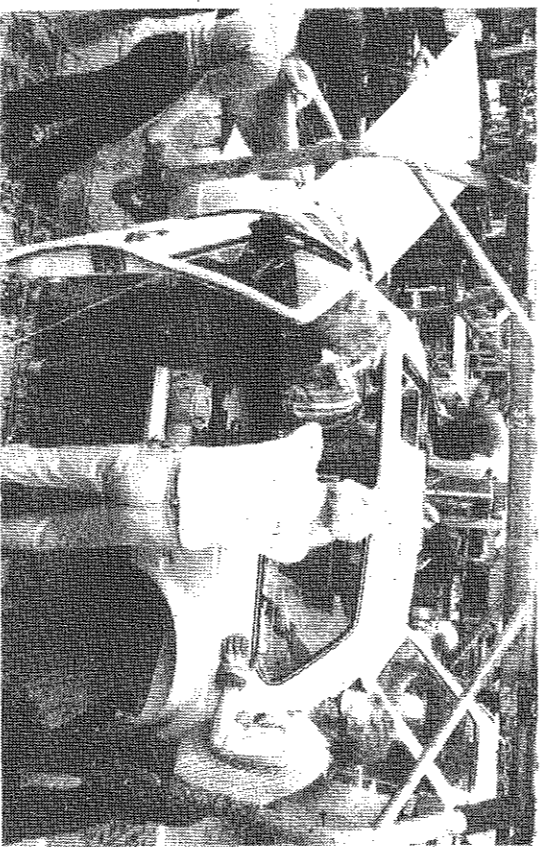
Anfang der 20er Jahre führten in den USA bereits 10 Mio. PKW's, bis 1940 waren es 30 Millionen. Damit einher ging die systematische Verdrängung der anderen Verkehrsmittel. Bestechungen, Schieberien, Aufkauf und Stilllegung ganzer Eisenbahngesellschaften ließen die Rocketeller-Gruppe zum unange- fochtenen stärksten Kapitalisten der 20er und 30er Jahre werden.

Kriegsgewinnler

In Europa setzte die Massenmotorisie- rung erst nach dem zweiten Weltkrieg, also gut 25 Jahre nach den USA ein. Die traditionellen deutschen Autofirmen (Adler, Daimler-Benz, Horch und Opel) produzierten ausschließlich Autos für die Reichen in kleinen Stück- zahlen. Das änderte sich bald. Daimler und BMW stellten sofort nach der Machtübernahme der Nazis

tumsmotor". - Die Wachstumszahlen in Produktion und Absatz liegen bis in die 70er Jahre höher als die Zuwächse im Brutto- sozialprodukt. - Aus anderen Branchen ausgeschiede- ne Arbeitskräfte landeten als Hilfsar- beiter am Band. Z.B. arbeiten tausende Nebenerwerbslandwirte bei Daimler in Sindelfingen. - In der BRD ist heute jeder 7. Arbeits- platz direkt oder indirekt abhängig von der Autoindustrie, in Baden-Württem- berg sogar jeder dritte.

- Die Konkurrenz Schiene/Strabe wurde von allen Regierungen zugun- sten des Straßenverkehrs gefördert. Aber nicht nur die Kapitallobby, auch die SPD stimmte noch 1966 im Bundes- tag für den Bundesverkehrswegeplan, der bis 1995 jährlich 100 neue Auto- bahnkilometer und 500 Fernstraßenki- lometer vorsieht. - Der Export konnte so stark angekur- belt werden, daß heute 6 von 10 in der BRD produzierten PKW's ins Ausland geliefert werden. Statistisch fährt heute jeder 2. Er- wachsene ein Auto. Doch der langer- sehnte Traum vom eigenen Auto ist in- zwischen für so manchen Großstadte- wohner zum Alptraum geworden. Ab- gase, Lärm, Unfälle und Staus gehören zum Alltag.



1979: Sechs Arbeiter bei der Montage eines VW-Golf...

Durch die Stärkung als Rüstungs- konzern waren die europäischen Her- steller nach dem Krieg gerüstet, die Konkurrenz der US-Konzerne General Motors, Ford und Chrysler abzuwe- ren.

Wirtschaftswunder

Der langanhaltende Aufschwung nach dem Krieg war in Europa mit nichts anderem so verzahnt wie mit der Autoindustrie. Sie wurde zum „Wachs- hooh“.

Die erste weltweite Wirtschaftskrise nach dem Krieg erfaßte auch die Auto- industrie. Durch die künstliche Ver- knappung des Erdöls wurde die Situa- tion verschärft: Die Neuzulassungen sanken in der BRD von 2,2 Mio. 1971 auf 1,7 Mio. 1974. Im gleichen Zeit- raum verloren ca. 50.000 Beschäftigte ihren Job. Die Arbeitslosigkeit schnellte damals von 300.000 auf 1 Million hoch. Doch die Branche erholte sich schnell und setzte zu einem bisher nicht wieder erreichten Höhenflug an. Besonders die sinkenden Ölpreise und die neuentstan- denen Märkte für große Wagen in den OPEC-Ländern ließen Produktion und Absatz bis 1979 auf Rekordhöhen schnellen. Allein in der BRD stiegen die Neuzulassungen von 1970 bis 1979 um fast 25%. Der Zuwachs beruhte weniger auf Exporterhöhungen, sondern vor al- lem auf steigender Inlandsnachfrage.

Die Billiglohnüge

Japan erlebte ein ähnliches „Wirt- schaftswunder“ wie die Bundesrepu- blik. Hohe Wachstumsraten kennzeich- neten die japanische Wirtschaft bis vor wenigen Jahren. Auch in Japan in- vestierten die Kapitalisten nach 45 in die „Zukunftsinindustrie“ Autoproduktion und fuhren phantastische Gewinne ein. Allerdings nicht, wie die Manager hier immer behaupten, wegen dem niedrige- ren japanischen Lohnniveau. Tatsäch- lich entspricht es etwa dem der engli- schen Automobilarbeiter und ist im Vergleich zu den deutschen Arbeitern fast doppelt so schnell gestiegen: von 1970 bis 1979 um 200%, in der BRD je- doch nur um 125%. Von 1980 bis '83 fielen die Reallohne und Sozialleistun- gen in der BRD, in Japan gab es leichte Steigerungen. Die Konkurrenzfähig- keit der japanischen Autos erhöhte sich

Produktivität auf Grund des hohen Automatisierungsgrades. So können die Autos bis zu einem Drittel billiger gebaut werden und sind trotz Zoll- und Transportkosten im Ausland noch billi- ger zu haben als einheimische Modelle. Dieser Vorteil in der Konkurrenzfähig- keit kam 1974/75 bei steigenden Ölprei- sen in den USA voll zum Tragen, da viele Käufer von den 6- und 8-Zylinder- Straßenkreuzern auf sparsamere Mo- delle umstiegen.

Detroit 1982

Die Kapitalisten nutzen die Not der Arbeiter und walzten die Krise auf ih- ren Rücken ab: General Motors be- gann. Die Arbeiter wurden vor die Al- ternative gestellt, Auflösung der Tarif- verträge und Lohnsenkungen oder Werksschließungen. Eine knappe Mehr- heit der Belegschaft akzeptierte, GM verdiente dadurch zusätzliche 2,5 Mil- liarden Dollar.

Das Beispiel machte Schule. Chrysler nahm so zusätzlich 4 Mrd., Ford 1 Mrd. Dollar ein. Firmen anderer Branchen folgten. Später schrieb die Reagan-Re- gierung diese Praxis ins Gesetz: Wenn Bankrott droht, dürfen Tarifverträge einseitig gekürzt werden.

Diese Beispiele sind in den Konzerne- tagen bekannt und aufmerksam ver- folgt worden. In der BRD gab es in der jüngeren Vergangenheit nur einmal et- nen ähnlichen Fall: Arbed Saarstahl. Die US-Automobilindustrie hat sich bis heute nicht von den Einbrüchen Mitte der 70er Jahre erholt. Eine eigene Kleinwagenproduktion scheiterte, weil zu spät aufgebaut und daher nicht kon- kurrenzfähig. Chrysler, drittgrößter US-Autokonzern, war 1978 bereits bankrott und konnte nur durch massive Subventionen der Carter-Regierung überleben.

Die Krise 1980 bis '82 verschärfte die Situation. Bei General Motors sank die Produktion um 30%, bei Ford gar um 38%. Chrysler baute mehr als 40% we- niger Autos. Mehr als 700.000 Arbeiter wurden entlassen. In der Autostadt De- troit, die von der Autoindustrie behan- digt vergleichbar ist mit der Region Stuttgart, stieg die Arbeitslosigkeit auf 25%. Der Bitgemeister rief den Hun- gerlohn aus - Folge der fehlenden Sozialgesetzte. Suppenküchen von kar-itativen Organisationen speisen täglich Tausende. Opel- und Ford-Arbeiterfa- milien in Köln, Bochum und Rüssels- heim schickten Car-Pakete an ihre ent- lassenen Kollegen.

Krisengewinnler

Die Krise 1980-82 trat nicht alle glei- chermaßen. Von dem Einbruch der US- Konzerne profitierten neben den japa- nischen Herstellern die europäisichen. Der hohe Dollar-Kurs verbilligte Ex- porte in die Staaten enorm. Besonders die Hersteller von Luxusautos (Daim- ler, Porsche, BMW), die die japanische Konkurrenz wegen fehlender Modelle nicht fürchten mußten, nahmen plötz- lich pro verkauften Wagen 10 bis 20.000 DM mehr ein. So ging zwar die Gesamt- zahl der produzierten Fahrzeuge zu- rück, aber Umsatz und Gewinne stiegen (Porsche: 79-83 +100% Umsatz, +15% Beschäftigte; Daimler: +50% Umsatz, +6% Beschäftigte). Die Daimler-Ge- winne stiegen von 1978 bis 1984 von 600 Mio. auf 1 Mrd. DM! Nur der Gewinn

von 1984 würde z.B. ausreichen, um „Defizit“ der Stuttgarter Straßen- bahn 10 Jahre zu bezahlen!

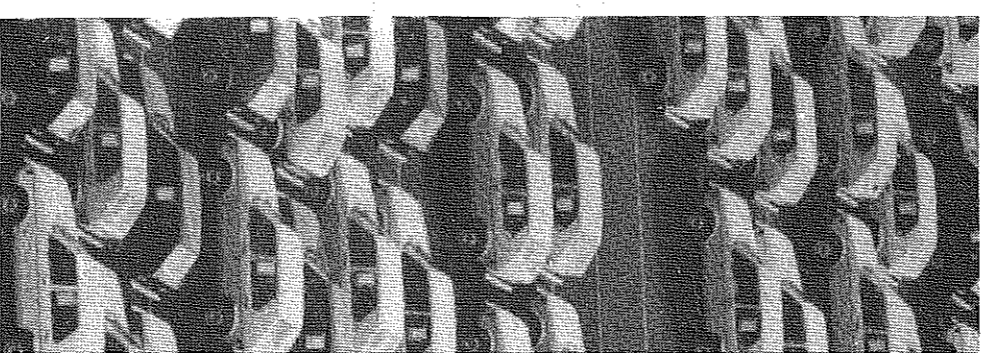
Absatz bundesdeutscher PKW's (in 1000 Stück)

Inland	Ausland	Exportquo- t	
1980	1648	1873	53
1983	1689	2189	56
1986	1791	2520	58
1987	1922	2451	56

Erst 1986 und '87 stieg der Inlan- dabsatz bei PKW's nennenswert, hält bei weitem nicht mit den Export- mengen der Vorjahre mit.

Protektionismus

Mit steigenden Problemen wäch- Bereitschaft nationaler Regierun- „ihre“ Autoindustrie vor Einfuhr



Steigendem Absatz sind Grenzen gese- Es kommt zu Überproduktionskrisen,

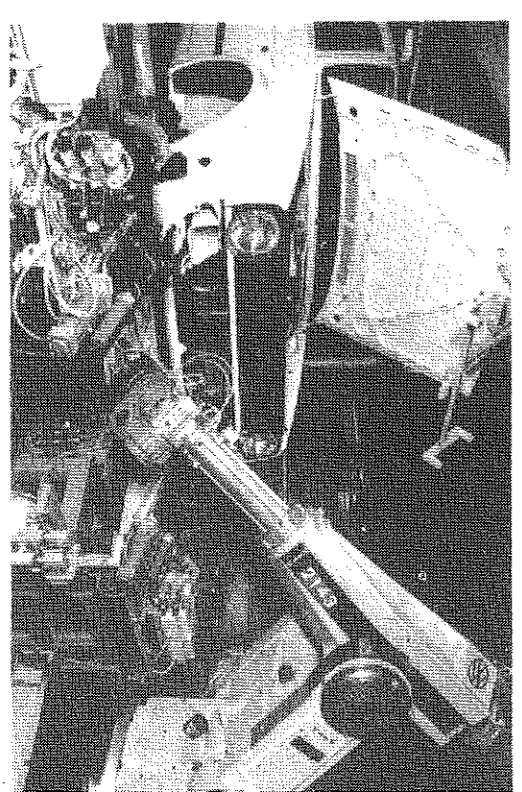
schützen und durch Zölle, Einfuhr- ten oder Verbote zu erschwerer US-Autoindustrie kann es sich a- stien leisten, weil nur wenige ame- rische PKW's exportiert werden ('88). Seit Anfang der 80er Jahre reagie- japanischen Konzerne, indem sie ken im Ausland aufkaufen oder ba- uen. 1987 lag die Zahl der von japa- nischen Herstellern in den USA ge- Autos bei 620.000, 33% mehr als obwohl der Gesamtabsatz in den- um ca. 10% zurückging, Generer- tors z.B. 20% weniger verkaufte Nissan, Japans größter Autokoi im Ausland, produziert heute in Mexiko, Australien, Südafrika, nien, Britanien, Ägypten und I Auch Toyota, größter japaner Autokonzern, ist mit vielen P-

Forderungen zur Beratung und Vorbereitung von Kampfmaßnahmen bei drohenden Entlassungen und Teilstilllegungen:

- Arbeitskreise der IGM mit Arbeitern und Ingenieuren aus allen Automobilkonzernen zur Erforschung alternativer Produktionsmöglichkeiten;
- nationale Automobilarbeiter-Konferenzen der IGM mit Betriebsräten und Vertrauensleuten aus allen Konzernern;
- internationale Koordination der Gewerkschaftsarbeit zwischen verschiedenen Konzern-Teilen im In- und Ausland durch regelmäßige Treffen von Betriebsräten und Vertrauensleuten;
- Intensivierung der internationalen Solidaritätsarbeit bei Streiks; enge internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

- Keine Entlassungen;
- Öffnung der Geschäftsbücher; wo sind die Gewinne der letzten Jahre hingegangen?
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt Kurzarbeit; 35-Stunden-Woche sofort, als Einstieg

- Aufstellung eines branchenweiten Produktionsplanes; Weg mit dem Geschäftsgeheimnis; Harmonisierung der Produktion; Umstellung auf alternative Produktion im Bereich öffentlicher Verkehrsmittel und Umwelt; Lohnfortzahlung in der



Industrie

tionsstätten im Ausland vertreten und hat Überlegungen angestellt, in Schweden (1) zu produzieren.

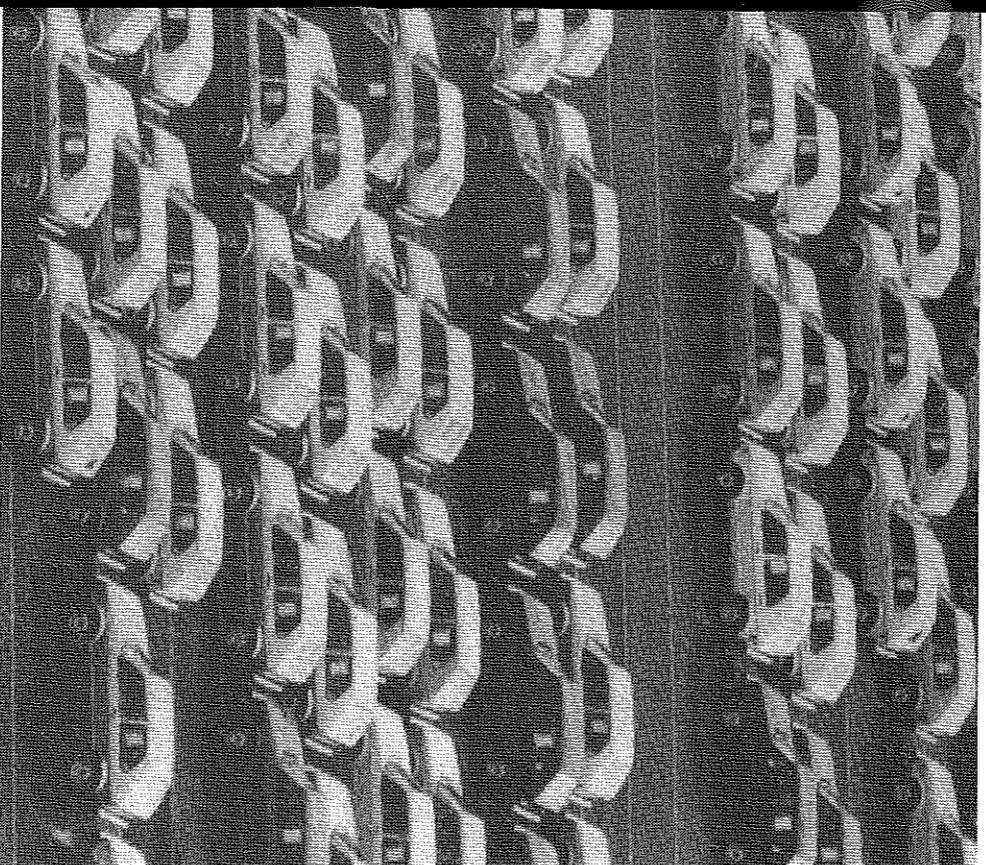
VW versuchte als einziger bundesdeutscher Konzern, den Spuren der japanischen Konkurrenz zu folgen und in den USA zu produzieren - zuletzt war die Fabrik in Westmoreland nur zu 35% ausgelastet und wurde aufgegeben. Die anderen westdeutschen Konzerne sind entweder in amerikanischen Hand (Opel, Ford) oder verkauften zu kleine Stückzahlen.

„Es wird Krieg geben ...“

... unter den Autokonzernen. So ähnlich beschrieb 1980 der technische Direktor von Toyota die Situation. Seit Anfang der 80er sind weltweit massiv Kapazitäten erweitert worden. „Es gibt

eine 52 ha große Fabrik zur Motorenproduktion. Die Montage eines Motors soll von heute 232 Minuten auf 148 Minuten verkürzt werden.

Nach der Dauerkrise in den 70ern und Anfang der 80er Jahre haben die französischen, spanischen und englischen Konzerne bzw. ihre internationalen Muttergesellschaften massiv investiert. Sie erreichten im vergangenen Jahr Produktionszuwächse von 10%. Besonders die amerikanischen Autogiganten rüsten für die Krise: General Motors beschloß 1980 das in der Geschichte der Autoindustrie bisher größte Investitionsprogramm: um 16 Mrd. Dollar flossen bis 1984, um die Stellung als Nummer 1 in der Welt zu halten. Chrysler hat eine Offensive zur Zurrückeroberung von Marktanteilen in



die Massenkauflkraft hinter den Produktivitätssteigerungen zurückbleibt.

zu viele Autos - aber zu wenig BMW“, beschrieb der Vorstandsvorsitzende von BMW, Kühnheim, die Firmenstrategie.

Investitionen der bundesdeutschen Autokonzerne (in Mrd. DM)

1976-79	Audi	BMW	Daimler	Ford	Opel	VW	Gesamt
	0,9	1,4	4,2	8,5	2,6	2,5	12,9
1980-83	2,4	3,1	8,5	2,6	4,3	5,6	26,5
Steigerung in %	167	121	102	100	65	124	105

Um im Konkurrenz„krieg“ nicht Verlierer zu sein, haben die Autokonzerne gigantische Investitionen getätigt. Durch Rationalisierung, Aufbau vollautomatischer Produktionsstraßen oder Aufbau einer eigenen Roboterindustrie VW versucht jeder Konzern, sich in der Konkurrenz zu behaupten.

Die Investitionen sind seit Ende der 70er auf über das Doppelte gesteigert worden. 1987 wurden in der Bundesrepublik fast 20% mehr Fahrzeuge produziert als 1980. Die Anzahl der Beschäftigten stieg jedoch nur um 4%. Pro Beschäftigter wurde 1987 fast ein Fahrzeug mehr produziert als 1980. Dabei ist die Arbeitszeiterhöhung von 1984 noch nicht einmal berücksichtigt.

Produktion und Beschäftigte in den BRD-Autokonzernen

1980	1983	1987	1988
3879	4171	4637	
Straßenfahrzeugproduktion (in 1000 Stück)			
	801,7	776,9	832,0
Beschäftigte (in 1000)			
	4,8	5,4	5,6

Allein dieser Produktivitätsfortschritt würde die 33-Stunden-Woche rechtfertigen. Neue Fabriken sind und werden ge-

wurden seit 1980 knapp 40% der Beschäftigten entlassen.

Im Gegensatz zum geringen Beschäftigungszuwachs stehen die steigenden Gewinne der Konzerne. Wegen Fehlens der Profitaussichten werden die Gelder jedoch nicht investiert, allenfalls für Rationalisierungen. Verfügte die deutsche Autoindustrie 1980 zusammen über 8,9 Mrd. DM flüssige Mittel, so verfügte Daimler Benz allein 1987 über 15 Mrd. DM. „Ich freue mich über die gut gefüllte Kriegskasse“, betand Vorstandsvorsitzender und SPD-Mitglied Edzard Reuter.

Da die Gelder nicht investiert werden, wird spekuliert. So kam es zu den großen Kursgewinnen von Aktien in den vergangenen Jahren. Millionenbeträge wurden zum Kauf und Verkauf gewinnbringender Papiere eingesetzt und vagabundieren in kürzester Zeit um die Welt. Der Finanzmarkt blähe sich auf und wurde immer unkontrollierbarer. Am 19. Oktober setzte der Börsenkrach dieser Entwicklung ein jähes Ende.

Die Absatzprobleme von Porsche sind nur die erste Folge. Alle Konzerne haben „aufgerüstet“. Weltweit bestehen zwischen 10 und 20% mehr Kapazitäten als Fahrzeuge absetzbar sind. Die Konzerne mit hohen Exportquoten spüren die Einbußen als erste. Aber auch VW, Opel und Ford haben schon Entlassungen angekündigt: 7700, 2200 und 1600.

Die meisten Konzerne haben schon vor Jahren begonnen, ihr Kapital in anderen Branchen anzulegen. Daimler kaufte AEG, MTU und Dornier und stieg damit zum größten bundesdeutschen Rüstungskonzern auf. VW ist inzwischen größter europäischer Roboterhersteller. General Motors kaufte sich in die Computerbranche ein.

Krisenbranche Autoindustrie

Die Zulieferindustrie ist besonders in Baden-Württemberg konzentriert. Aus dieser Region wird nach ganz Europa und in die ganze Bundesrepublik geliefert. In vielen Betrieben wird bereits kurzarbeitet. Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wird es massiv Kurzarbeit- und Entlassungsankündigungen geben.

Selbst Nobelfirmen wie Daimler haben den Absatzrückgang schon gespürt: Die Wehnaachstetiererei wurden erstmals nicht vorgearbeitet. Die Lieferzeiten sind stark geschrumpft. „Schluß mit Arbeitszeiterhöhung“, „Lohnstopp“, und wenn das nicht hilft „Lohnabbau“, fordert daraufhin die Konzernzentrale. Für die Arbeiter die

Interview mit Porsche-Betriebsräten

Ricardo Torres und Gert Aldinger aus dem Werk Stuttgart-Zuffenhausen

VORAN: Alles spricht dafür, daß die gesamte Autoindustrie in eine tiefe Krise kommt. Ist die Gewerkschaft darauf vorbereitet? Oder wird das gleiche passieren wie in der Stahlindustrie?

Gert: Die Auswirkungen für die gesamte Volkswirtschaft sind noch gravierender. Vor 3 Wochen wurde auf einer Funktionskonferenz der IG-Metall die Imu-Stunde vorgeschlagen. Danach werden in unserer Region 30.000 Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren verschwinden. Die IG-Metall Ortsverwaltung verschickt für Betriebe, die Absatzschwierigkeiten bekommen werden, alternative Produktionsdurchsatzzeiten oder durch Umstrukturierung Arbeitsplätze in anderen Sektoren zu schaffen. Das große Stichwort ist der Umweltsektor. Es ist ja auch ein Schwachsein, so viele Autos zu produzieren.

V.: Welche Möglichkeiten sieht Ihr für eine alternative Produktion. Könnte Porsche auch Schienenfahrzeuge produzieren?

G.: Die Leute können das schon. Aber Porsche würde es nicht machen. Technisch bedeutet das bei uns eine größere Umstellung. Durch unsere Anlagen kannst du nicht mal einen normalen PKW durchbringen, weil alles viel zu niedrig ist. Die Lackiererei ist z.B. eine Katastrophe, von dem her, was man da machen kann. Die ist voll auf Sportwagen ausgelegt.

Bei den Montagebändern ist es egal, ob ein Klein-Transporter drüberfährt, obwohl es da auch schwierig ist. Ihr selbst sind ziemlich ratlos, was man machen könnte. Bei Daimler ist das einfacher. Produktionsstättenumrüstung auf PKW's ausgeglichen.

Opel

Bald Rheinhausener Verhältnisse?

Bericht von einer Betriebsversammlung bei Opel Rüsselsheim von unserem Reporter:

„Läßt der Vorstand die Schmiede sausen, sind wir bald Stück für Stück Rheinhausen.“ So lautete der Text auf einem der selbstgemalten Plakate, das von Kollegen aus Schmiede und Gestenbau (ca. 550 Beschäftigte) zu Beginn der jüngsten Betriebsversammlung bei Opel in Rüsselsheim in die riesige Halle getragen wurde. „Hände weg vom der Schmiede“ war die erste Forderung, mit der die Kollegen auf Überlegungen antworteten, den Schmiedebereich an andere Betriebe zu vergeben und somit eine komplette Abteilung des Werkes zu schließen. Auch im Rhein-Main-Gebiet, dies mache die Versammlung deutlich, blickten Kollegen auf das 250 km rheinabwärts gelegene Ruhrgebiet und fragten sich, wann sie selbst „Rheinhausener Verhältnisse“ haben.

Der Betriebsratsvorsitzende Richard Heller wies darauf hin, daß auch das mit 2,9 Millionen bisher absolut beste Autojahr 1987 nicht die allgemein bedenkliche Entwicklung überdecken kann. In wenigen Jahren sei der Anteil des Opel-Konzerns von knapp 20% auf 14,7% aller Neuzulassungen gesunken. Das Rüsselsheimer Werk hatte noch vor 10 Jahren 40.000 Beschäftigte. Demnächst werden es weniger als 30.000 sein und bis Ende 1988 wird die Zahl weiter Richtung 28.000 abnehmen.

Der jetzt anstehende Wirtschaftsabschwung und ein schlechter Absatz des

Angestellten in der Autoindustrie bedeuten das: Die Autoindustrie rüstet zum Generalangriff auf unseren Lebensstandard.

Dabei erwachsen die Probleme nicht aus einer Not heraus, sondern aus dem Überfluß. Das kapitalistische System kann nur eine Lösung anbieten: Abbau von Kapazitäten, Arbeitslosigkeit für zehntausende, Abbau von Löhnen und sozialen Errungenschaften. Dabei könnte die geballte Technik auch genutzt werden für den Bau von dringend benötigten Gütern wie Straßenbahnen und Bussen oder Geräten zur Verbesserung der Umwelt. Wie schnell eine Umstellung auf andere Produkte rein technisch möglich ist, haben gerade die Autokonzerne vor dem Krieg gezeigt.

Aber solange das Profitstreben Motor aller Handlungen der Kapitalisten

Die Produktion?

G.: Die Belegschaft fährt noch auf der Porsche-Schiene. Das liegt aber auch an den Spitzefunktionsräten. Und die merken langsam, daß es nicht so weitergeht. Das merkt man daran, daß sie uns wie z.B. auf der letzten Vertrauensleistungsung zumindest in Worten fast links überholen. Was sie in der Praxis machen, ist eine andere Sache. Daß die plötzlich solche Sprüche machen, hätte man vor einem Jahr nicht geglaubt.

V.: Und die Gewerkschaft?

G.: Die Diskussionen über eine Alternative wird von der Ortsverwaltung vorangetrieben. Und man sieht dahinterklemmt und man das in der ganzen Region in die Köpfe reingebracht hat. Das ist ein Entwicklungsprozess. Ich diskutiere das schon lange mit meinen Kollegen, daß wir auch was anderes machen können. Aber solange wir nicht bestimmen, was produziert wird, kann es uns egal sein, ob wir an einem Luxusauto oder einer Straßenbahn ein Blech anschleifen.

V.: Gibt es bei Euch die Gefahr einer nationalistischen oder protektionistischen Haltung?

G.: Das ist gerade das Problem bei „altingesessenen“ Betriebsfunktionären. Es gibt jetzt japanische Autos, die den Porsche-Modellen total ähnlich sehen, aber 10.000 bis 15.000 Mark weniger kosten und mehr Elektronik drin haben. Und da wird dann auch gegen die japanische Konkurrenz gewettert.

V.: Hat die Geschäftslage, seit es Kurzarbeit gibt, allgemein eine härtere Gangart eingeschlagen?

G.: Wer länger als 3 Tage ohne Krankmeldung fehlt, wird jetzt fitlos entlassen.

„Zwar stehen zur Zeit keine Massenentlassungen an, aber vorzeitiger Ruhestand für die 58 und 59jährigen kann keine Lösung sein, wenn damit die Arbeitsplätze für die Jugend verschenkt werden.“

In der ausführlichen Diskussionsgespräch sich auch der anwesende DAG-Sekretär für Arbeitszeiterhöhung beivollem Lohnausgleich aus. Kollege Gruber von der IGM Darmstadt wies darauf hin, daß von den 80.000 Metallarbeitsplätzen in der Region 44,7% direkt oder indirekt an der Autoindustrie hängen und somit ein Einbruch wie nie zuvor zu befürchten sei. Der Widerstand habe noch nicht genug bewirkt - „jetzt müssen wir mehr auf die Straße gehen und den Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz führen.“

Ein Kollege forderte Alternativproduktion, die aber nicht so aussahendirekte, daß sich die Chefs von General Motors einfach anderswo einkaufen“. Er unterstrich die Notwendigkeit, auch die Autoindustrie in Gemeigentum zu überführen.

und damit aller Produktion in der Gesellschaft ist haben wir von ihnen keine Lösung zu unseren Gunsten zu erwarten. Uns bleibt daher keine andere Wahl: Die Kontrolle über die Konzernkrastische Verwaltung der Arbeitenden, der Gewerkschaften und des Staates können Bedarf und Produktion in Einklang gebracht werden. Und wie die Konzentration und Verflechtung des Automobilmarktes zeigt, ist das mehr als woanders ein internationales Problem. Aus diesem Grunde haben sich Gewerkschaften und SPD bereits vor über 100 Jahren international organisiert, damit nicht die eine Arbeiterklasse gegen die andere ausgespielt wird. PACKEN WIR'S AN.

Hans Blunck, Stuttgart
Jungsozialist

Ricardo: Die Unsicherheit ist groß. Und wir als Betriebsrat können alleine keine richtige Verteilung aufbauen. Die Gewerkschaft hat keine klare Linie für diese Lage. Und das ist ein Problem für uns, weil es für uns unmöglich ist, eine gewerkschaftliche Funktion zu definieren. Wir können kein Konzept bringen und deshalb haben die Leute zur Zeit keine Perspektive.

Ohne Perspektive für den gewerkschaftlichen Kampf zeigt das Beurteilungssystem seine volle Wirkung. Die Leute schaffen so schnell, weil sie das als einzige Möglichkeit sehen, etwas mehr Lohn oder bessere Arbeit zu bekommen. Dann kommen die Kalkulationen dazu. Die Firma hat gerade eine Fremdfirma gehabt für die Kalkulation. Und jetzt kommt noch die Bertierfirma hinterher. Das läuft alles auf Arbeitsplatzvernichtung hinaus. Das haben die Leute gemerkt und deshalb gibt es jetzt viele freiwillige Kündigungen. Das ist für die Gewerkschaft sehr schlecht.

Solange die Gewerkschaft keine Perspektive aufzeigt und keine Alternative anbietet, ist die Arbeit im Betrieb schwer. Wir brauchen massive Unterstützung durch die Gewerkschaft. Und das wird noch dringender, wenn die 4-Zylinder-Produktion bei Porsche in Frage gestellt wird.

Großbritannien

Wende im Klassenkampf

Ende Februar demonstrierten in Schottland 100.000 gegen die Sparpolitik der Thatcher-Regierung im Gesundheitswesen. Am 5. März gab es in London die größte Kundgebung seit 1971. 100.000 folgten dem Aufruf des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC und demonstrierten für den Erhalt des staatlichen Gesundheitswesens (NHS). Am 14. März wurde der Aktionstag der Gewerkschaften im Gesundheitswesen durch landesweite Proteste von Arbeitern in anderen Branchen unterstützt.

Ausgangspunkt dieser Wende in den Klassenkämpfen Großbritanniens war nicht etwa eine Offensive der Gewerkschafts- und Labour-Führung gegen die Thatcher-Regierung, sondern der Kampf von 38 Krankenschwestern in Manchester. Die Streikaktion von Zuschüssen und Essensgeldern brachten hier das Faß zum Überlaufen. Denn schon seit Jahren trocknet die Regierung das NHS (staatliches Gesundheitswesen) aus, gibt es lange Wartezeiten für Operationen, Schließung von Krankenhäusern, zu wenig und schlecht bezahltes Personal. Die Krankenschwestern in Manchester errangen einen Sieg gegen die Regierung, unterstützt durch die Sympathie der Bevölkerung (nach Umfragen 80%) und sogar konservativer Ärzteverbände.

Etwas zur gleichen Zeit lehrten die Ford-Arbeiter einen bereits zwischen ihrer Gewerkschaft und der Firmenleitung ausgehandelten Tarifvertrag ab und erreichten durch einen Streik, an dem 32.000 teilnahmen, ein besseres Ergebnis. Die Autoarbeiter bei Rover, Seelente und Wertarbeiter befinden sich zur Zeit im Ausstand.

In den letzten Wochen und Monaten ist es der Linken in einigen Gewerkschaften gelungen, trotz erbitterten Widerstands der Gewerkschaftsrechten und der Massenmedien, ihre Kandidaten in wichtige Funktionen zu bekommen. So wurde Arthur Scargill in Urabstimmung als Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft bestätigt. In der größten Einzelgewerkschaft, der TGWU, wurde der Kandidat der Gewerkschaftslinken (Broad Left), Ron Todd, trotz Tricks der Rechten und Einschaltung der Gerichte als Geschäftsführer gewählt; die Linke gewann hier auch eine Mehrheit im Gesamt-Vorstand. Und zum ersten Mal in der Geschichte des TUC ist letztes Jahr mit John Maccready von



100.000 demonstrieren am 5. März in London.

der CPSA (Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst) ein Marxist in den TUC-Vorstand gewählt worden. Er und Arthur Scargill hatten sich im TUC-Vorstand auch für einen Aufruf zum 24stündigen Generalstreik am 14. März, dem Aktionstag im Gesundheitswesen stark gemacht, für den auch die Vereinigung der verschiedenen Broad-Left, BLOC, eintrat. Das wurde jedoch von der Gewerkschafts- und Labour-Führung abgelehnt.

Zurückweichen der Gewerkschaften

Noch 1985 schrieb der Londoner Korrespondent der 'faz': „Nach den Bergarbeitern wird es voraussichtlich keine Industriengewerkschaft mehr wagen, die Allmacht des Staates im gleichen Maße herauszufordern.“ Sein pessimismus widerspiegelt auch die Stimmung von Gewerkschafts- und Parteiführung, Thatcher und die Bossen hatten es in den vergangenen Jahren immer wieder verstanden, die Gewerkschaften einzeln herauszufor-

44% zurück. Der nach 1945 aufgebaut Sozialstaat wurde nach und nach demontiert.

Gleichzeitig liefen Privatisierung und Ausverkauf staatlicher Betriebe: Die Privatisierungswelle begann – genau wie in der BRD – auf kommunaler Ebene, mit der Müllabfuhr, Reinigungskolonnen in Schulen u.ä. Aber sie umfaßte dann rasch viele weitere Bereiche: staatliche Ölkonzerne, Luftfahrt- und Automobilbetriebe, Gas- und Wasserwerke, Fernmelde- und Kommunikationswesen.

Vor diesem Hintergrund hatte die Gewerkschaftsführung in den letzten Jahren vor den Auswirkungen von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau kapituliert. Nach Thatchers Widerwahl 1983 stützten sie sich auf die Idee des „neuen Realismus“, was mehr oder weniger bedeutet: sich abfinden mit den Gegebenheiten, „realistische“ und beschiedene Forderungen stellen, keine kämpferische Aktionen mehr, keine Solidaritätsarbeit mit anderen Teilen der Klasse. So ließ der TUC die Bergarbeiter 1984/85 isoliert kämp-

fen; eine Reihe von Gewerkschaften gaben den Kampf gegen Privatisierung auf und schlossen ungünstige Tarifverträge ab in der Hoffnung, damit Arbeitsplätze zu retten. Die Elektriker- und Autoarbeitergewerkschaft unterzeichnete sogar ein tariflich festgelegtes Verbot von Streikaktionen.

Labour-Rechtsruck

Auch an der Spitze der Labour-Partei gab es in den letzten Jahren eine dramatische Verschiebung nach rechts. „Neuer Realismus“ und Anpassung an die „neuen Mittelschichten“ sind auch hier die Schlagworte. Kurz vor dem Börsenkrach erklärte der neue Theoretiker des Parteivorstandes, Brian Gould, Labour befürworte jetzt eine Art „Volkskapitalismus“, schließlich seien viele Briten Aktionäre. Dementsprechend wurde der Wahlkampf mit Blick auf die rechten Medien und Orientierung auf die vermeintlichen Interessen von Mittel- und kleinen Hausbesitzern und Aktionären geführt. Er endete in der größten Niederlage für Labour seit 1929.

Diese Politik wurde nur ermöglicht durch ein Überlaufen der früheren Parteilinken um die Zeitung „Tribune“ auf die Seite der Rechten. Neil Kinnock, auf einem „linken Ticket“

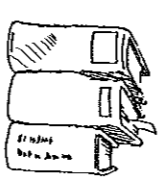
Nigeria

Solidarität mit Gewerkschaftern

Kaunm hat Bundespräsident von Weizäcker Nigeria verlassen, da beginnt die nigerianische Militärregierung mit der Verhaftung von Gewerkschaftsführern. Diese organisierten gerade eine Kampagne gegen die Übernahme des Nigerian Labour Council (NLC) – entspricht dem DGB) durch das Regime. In Zusammenarbeit mit dem rechten Flügel des NLC setzte das Regime die demokratisch gewählte Gewerkschaftsführung ab und ernannte den Direktor eines Großunternehmens zum Verwalter. Diese Maßnahmen sollten Protesten gegen geplante Preiserhöhungen vorbeugen.

Am 19. März wurde **Kunle Bakare**, Mitglied des Lagos State Council der Civil Service Technical Workers Union (Bezirksvorstand der Gewerkschaft der Techniker im öffentlichen Dienst) und Unterstützer der marxistischen Zeitung Labour Militant verhaftet. Danach folgte die Verhaftung von **Femi Aborisade**, Herausgeber von Labour Militant und ehemaliger Bildungsobmann des NLC.

Der staatliche Sicherheitsdienst gab Kopen an: Footwear-, Leather- and Rubber-product Workers Union of Nigeria National Secretariat 71, Palm Avenue Olorunsogo – Mushin PO Box 3700 Lagos Nigeria



Buchbesprechung



Verarmung ganzer Regionen, hohe Haushaltsverschuldung der Städte und Länder – von Oskar Lafontaine bis zu den sozialdemokratisch regierten Städten des Ruhrgebietes weiß man darauf nur eine Antwort: Kürzen, Streichen, Stellenabbau, Lohnverzicht. Daß es auch anders gehen kann, hat eine Stadt bewiesen, die wahrlich zu den ärmsten Europas gehört: Liverpool.

Der englischsprachige Leser kann im neuen Buch von Peter Taafé (Herausgeber der marxistischen Wochenzeitung „MILITANT“) und Tony Mulhearn (ehemaliger Stadtrat und Vorsitzender der Liverpooler Labour-Party) nachlesen, welche Politik der marxistisch geführte Labour-Stadtrat von 1983-87 verfolgte, der 1983 mit einem sozialistischen Wahlmanifester die jährliche Herrschaft der Liberalen und Konservativen in der Stadt brechen konnte.

Durch enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern und Arbeitern – insbesondere den Beschäftigten im öffentlichen Dienst –, durch umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für das Reformprogramm (Hausbesuche, Großveranstaltungen, Kundgebungen, Fabrikator-Versammlungen, einen mehrstündigen Generalstreik mit 50.000 Teilnehmern eine der größten Demonstrationen der Stadt) gelang es dem Stadtrat, seine Vorhaben weitgehend umzusetzen, u.a.:

- Einführung der 35-Stundenwoche im öffentlichen Dienst, selbstver-

ständig bei vollem Lohnausgleich, sowie Einführung eines Mindestlohnes;

- Streichung von 1000 geplanten Entlassungen und Schaffung 1000 neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst;
- Tariflohn für Jugendliche in ABM-Stellen, anschließende Übernahmestellen; Schaffung von 100 neuen Lehrstellen;
- Bau neuer Sportzentren;
- Bau von über 5000 Sozialwohnungen und Stadtreisaniehung unter Mitsprache der Betroffenen; dadurch Schaffung und Sicherung von 12.000 Arbeitsplätzen in der privaten Bauwirtschaft;
- Reorganisation des Schulwesens unter Einbeziehung von Eltern, Lehrern und Schülern; Neueinstellung von 519 Lehrern; dadurch beste Lehrer-Schülerquote des Landes;
- Bau von sechs neuen Kindertagesstätten

- in den Berufs- und Fachhochschulen finanzielle Unterstützung der Studentengewerkschaft, kostenlose Mahlzeiten, Bücher, Materialien, Fahrkosten für Arbeitslose und Studenten unter 18 Jahren; kostenlose Kinderbetreuung.

Bestellungen an die Redaktion von Peter Taafé und Tony Mulhearn 500 Seiten, englisch, 20,- DM

Liverpool – eine Stadt, die zu kämpfen wagte

Bestellungen an die Redaktion von Peter Taafé und Tony Mulhearn 500 Seiten, englisch, 20,- DM



Internationale Notizen



Südafrika

Das Verbot der politischen Beteiligung für 17 südafrikanische Oppositionsgruppen (einschließlich Gewerkschaften) hat auf die schwarze Bevölkerung wenig Eindruck gemacht. Eine von Millionen befolgte Arbeitsniederlegung mit generalstreikähnlichen Ausmaßen legte im März das öffentliche Leben für einen Tag lahm. Anlaß war der Jahrestag des Massakers von Sharpeville im Jahre 1960, bei dem die Polizei 69 Schwarze ermordete.

Japan

Eine Tokioer Fernsehstation hat errechnet, daß die Grundstücke im Raum Tokio mehr wert sind, als der gesamte Boden der USA, einschließlich solcher Hochpreis-Zentren wie New York. Nach Angaben von Maklerfirmen stiegen die Grundstückspreise in Tokio allein 1987 um 100%. Eine Verzimmer-

USA

Nach einer Untersuchung der Harvard-Universität hatten 1987 rund 20 Mio. Amerikaner nicht genug zu essen. Die Zahl der Arbeiter, die trotz eines festen Jobs mit ihrem Lohn unter der offiziellen Armutsgrenze liegen, ist seit 1979 um 36% gestiegen. Die Studie kommt zu dem Schluß, der Aufschwung sei an den amerikanischen Arbeitern vorbeigegangen.

zum Parteiführer gewählt, ist so mehr denn beschäftigt, die Partei zu bekämpfen als die Thatcherierung. Infragestellen aller sozialen Positionen der Partei, Abbruch von Parteitagbeschlüssen, schlußverfahren gegen Marxistenspendierung ganzer „unobtainable“ Bezirke und Krisenorganisations Senken der Juso-Altersgrenze v auf 21 (!) Jahre, Abschließen der Fahne als Parteisymbol (statt grau-schwarz) und staatsmännliche Pose kennzeichnen die Politknocks und der neuen Rechten Linke ist auf die Marxisten und Zeitung MILITANT und ein I oben aufrechter Linker um Benn, Arthur Scargill u.a. zusammen geschmolzen.

Bislang konnte sich Kinnock an rechten Gewerkschaftsführer stützen. Doch mit den jetzt wieder auflebenden Kämpfen beginnt das Blatt sich zu wenden. Der Erfolg der jüngsten Streikaktionen ist den Marxisten in werkschaften und Labour Part verdamnen sowie den tausenden Aktivisten und Shop Stewards (transunienten), die uneingeschritten für ihre Klasse kämpfen. Zwischen 1980 und 1984 stieg die Zahl der trauensleute von 317.000 auf 385. Diese Gewerkschaftler sind das Rgrad, um betriebliche Aktivitäten intensiveren, Gewerkschaften Partei von unten auf zu erneuern auf einen klaren, offensiven Kursen Thatcher und den „Neuen Kurs“ der jetzigen Arbeiterführung bringen.

Sue Powell, Hamburg SPD-Mitglied

Kongreß des SPD-Arbeitnehmerflügels

Sparschrober neuer Schichten

„Die Schwarzen und Blau-Gelben versauen die öffentlichen Finanzen, und Sozis verlangen von Arbeitnehmern Lohnverzicht: Wo sind wir eigentlich?“

Diese an die Adresse Oskar Lafontaines gerichteten Worte des AFA-Bundesvorsitzenden Rudolf Dreßler traf die Stimmung vieler Delegierter auf der Wiesbadener Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA). Am dritten Konferenztag spürte dann Oskar Lafontaine das gestiegene Selbstbewußtsein der AFA, als er seine Thesen zu „Neudefinition der Arbeit“ und zum Verzicht auf Lohnausgleich zu verteidigen suchte. Denn kein einziger der zu Wort gekommenen Delegierten fand für Oskars „neue Ideen Verständnis.“

„Mir tut das weh, weil Du einmal unser Hoffnungsstrahl warst“, sagte eine Delegierte dem stellvertretenden Parteivorsitzenden ins Gesicht. Ein Genosse aus Südbayern sprach von Bitterkeit in den Betrieben, die Lafontaine ausgelöst hat.

In den anstehenden Verhandlungen um die betriebliche Umsetzung der 37,5-Stunden-Woche nehmen die Untertnehmer jetzt stiftsant Bezug auf Oskars Äußerungen, berichtete Karl Kronawitter. Familien und Kindern werden nicht vom Gotteslohn satt, meinte er unter Anspielung auf Lafontaines katholische Erziehung.

Unter Räubern

Oskar versuchte seine Thesen mit einem Bild zu begründen: „Wenn nach einem Raubüberfall der größte Teil des Proviantes weg ist, ist man gleichwohl verpflichtet, den verbleibenden Rest mit dem Weggeführten zu teilen.“ Doch der Vergleich mit den Räubern, die länger über alle Berge sind, wollte den Delegierten nicht einleuchten. „Du willst denken ein Bein stellen, die sich während des Raubüberfalls wehren“, sagte Rudolf Dreßler.

Veränderungen

Ein Genosse aus Baden-Württemberg forderte, man müsse die Räuber beim Namen nennen und dürfe nicht unter ihnen die Koalitionspartner vom morgen ausspähen. Der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler wies darauf hin, daß die Räuber doch da sind und man zuerst an diese rangehen sollte. Mit einem kurzen Gastspiel Oskars wollten sich die Delegierten nicht zufriedengeben. Unter dem Druck der Konferenz mußte er schließlich wesentlich länger der Debatte über seine Rede zuhören, als er es zunächst geplant hatte. Als er sich mitten in der Debatte kurz für ein Fernsehinterview ins Foyer schlich, wurde Unterbrechung der Sitzung beschlossen.

ÖTV-Abschluß Fortschritt mit Haken

Auch im öffentlichen Dienst wurde in der diesjährigen Tarifrunde das Arbeitgeber-Tabu der 40-Stundenwoche gebrochen. Das Ergebnis: Ab 1.4.1989 wird die 39-Stunden-, ab 1.4.90 die 38,5-Stundenwoche eingeführt. Geht man von heutigen Teuerungsraten aus, gibt es keinen Lohnverlust: Die Löhne sollen um 1,3,88 an um 2,4%, ab 1.1.89 um 1,4 und ab 1.1.90 um 1,7% steigen.

Daß sich die öffentlichen Arbeitgeber gezwungen sahen ihr Tabu fallen zu lassen, ist Ausdruck ihrer Angst vor der Arbeiterklasse. In vielen Betrieben erleben wir Bewegungen der Arbeiter: Im Stahlbereich (Rheinhausen), HBV (Ladenschluß), GDED (Stellanabbau bei der Bundesbahn), der Kampf gegen die Zerschlagungspläne bei der Bundespost usw. Ein wirklicher Vollstreik der ÖTV für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich hätte in der heutigen Situation Auslöser für eine große Bewegung der gesamten Arbeiterklasse sein können.

Das heißt aber auch, daß bei voller Mobilisierung die 35-Stundenwoche auf einen Schlag möglich gewesen wäre. Doch vor einem solchen Kampf schreckte auch Wulf-Matthies zurück. Die ÖTV-Spitze ging in die Verhandlungen mit der Forderung eines 5%-Paketes (Arbeitszeitverkürzung plus Lohnerhöhung). Doch umgerechnet entsprechen diese 5% einer Arbeits-

zeitverkürzung um 2 Stunden ohne jede Lohnenerhöhung! Die ÖTV-Spitze hatte schon Beginn an das eigentliche Ziel aufgegeben.

Weiter muß man sehen, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst gegenüber den Metallarbeitern zunehmend an Boden verlieren. Vor einem Jahr wurde für die Metallindustrie ab 1990 die 37-Stundenwoche bei insgesamt 8,2% Lohnenerhöhung bis dahin abgeschlossen, die Kollegen der Stahlindustrie bekamen dieses Jahr sogar die 36,5-Stundenwoche zugestanden. Wulf-Matthies hat immer die Metall-Tarife als Vorbild dargestellt, davon war jetzt nicht viel zu spüren.

Die Tarifvereinbarung hat noch einige Haken. Für Januar und Februar dieses Jahres wird den Kollegen eine Nullrunde zugemutet. Das wichtigste aber: Wie sieht es mit der Kaufkraft der Arbeiter aus im Zuge der nächsten Rezession, wenn Inflation bzw. Teuerungen ins Haus stehen? Bei den geringen Lohnenerhöhungen droht ein Sinken des Lebensstandards. Die Laufzeit des Vertrages ist zu lang.

Wir gehen wirtschaftlich schlechten Zeiten entgegen. Die ÖTV muß sich darauf gefaßt machen, vor Auslaufen des Tarifvertrages für Nachschläge bei den Löhnen zu kämpfen.
Bruno Hof, Köln
SPD-Mitglied



Oskar Lafontaine

AFA-Vorsitzender Rudolf Dreßler (rechts): „Du willst denen ein Bein stellen, die sich während eines Raubüberfalls wehren.“

halbes Jahr lang als parlamentarischer Staatssekretär der Koalition Schmidt/Genscher an den Sparschlüssen beteiligt, gegen die der DGB massiv protestierte.

Die harte Debatte ist aber nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, was in innerparteilich geschahen wird, sobald wieder die SPD die Bundesregierung stellt. Lafontaine betrieb sich in seiner Rede darauf, „daß es meine Pflicht ist, die dramatische Verschuldung des Saarlandes in Grenzen zu halten.“ Daher der Appell zu Sparsamkeit und Lohnverzicht. Dabei war es doch ausgerechnet er, der 1983 die Gewerkschaften zu einem Generalstreik gegen die Raketenstationierung aufrief. Warum macht dann Oskar jetzt keinen Aufruf zum Generalstreik gegen die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung, die die Finanzkrise der Länder und Städte herbeigeführt bzw. verschärft hat?

2. Säule der SPD

Von den AFA-Delegierten in Wiesbaden sitzt über ein Drittel in Parlamenten (bis hin zu Bundestag und Europa-Parlament). Mancher von ihnen wird in den nächsten Jahren als Abgeordneter oder sogar Minister unter Beweis stellen müssen, ob er/sie sich den kapitalistischen Sachzwängen zu widersetzen bereit ist, vor denen Oskar

offensichtlich kapituliert hat. Doch unabhängig von einzelnen Personen wird die AFA in den nächsten Jahren eine neue, kämpferische und kritische Stimmung in der Partei ausstrahlen, wie sie sich jetzt in den Betrieben aufbaut.

Zwei Drittel der Konferenzdelegierten haben gewerkschaftliche Funktionen und 45% sind Betriebs- oder Personalräte.

Das gewachsene Selbstbewußtsein der AFA kam auch in der Forderung zum Ausdruck, die Betriebsorganisation zur 2. Säule der SPD zu machen. Daher forderte die AFA vom nächsten SPD-Bundesparteitag in Münster einen klaren Beschluß über die Einrichtung von Betriebsgruppen und Verbandsleiterkonferenzen auf Unterzirkelsebene. Diese Konferenzen sollen Anträge und voll stimmberechtigte Delegierten an die UB-Konferenzen stellen können. Eine Arbeitnehmerquotierung bei Wahlen hingegen lehnt die AFA ab - sie wäre eine „Bankrott-erklärung der SPD“.

Eine solche Stärkung der Rolle von SPD-Betriebsgruppen sollte von allen aktiven Linken in der SPD unterstützt werden, damit der frische Wind aus den Betrieben in alle Bereiche der Partei einzeln kann und durch eine kräftige Blut-Transfusion der gesamte Organismus regeneriert wird.

Fortsetzung von Seite 1 Nein zum Lohnverzicht!

Die Vorschläge von Oskar Lafontaine sind weit davon entfernt, ein realistischer Ansatz zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zu sein. Sie bergen im Gegenteil beträchtliche Gefahren, nämlich:

- Spaltung der Arbeiter in „Besser verdienende“ und Schlechterverdienende statt gemeinsamer Kampf gegen das Kapital;
- Spaltung in Arbeitslose und „Arbeitsplatzbesitzer“, die verantwortlich für Arbeitslosigkeit seien und „abgeben“ sollen;
- Mobilisierung von Vorurteilen gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst („Lehrer haben sowieso zu viel Ferien“ u.ä.);

Auf dem AFA-Kongreß der SPD (siehe Bericht oben) sagte Oskar Lafontaine, daß er als saarländischer Ministerpräsident auch an den Schuldenberg denken müsse. Letztlich steht hinter seiner Initiative anscheinend vor allem eins: Er kapituliert politisch vor der Haushaltsverschuldung (verschärft durch Wirtschaftskrisen und die Politik der CDU in Bonn) und will die Lasten nun auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst „verteilen“. Dagegen müssen sich SPD- und Gewerkschaftsbasis gemeinsam wehren. Mit Fakten und Argumenten müssen die Vorschläge von Lafontaine geduldig zurückgewiesen werden.

Anträge

Bei der Antragsberatung verabschiedete die Konferenz u.a. einstimmig eine Entschließung zur Unterstützung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverzicht auch im öffentlichen Dienst.

In der Wirtschaftspolitik stehen Forderungen nach einem milliardenschweren Sonderprogramm „Arbeit und Umwelt“ und demokratische Umgestaltung durch Mitbestimmung im Mittelpunkt. Eine Perspektive, wie es eine solche gleichberechtigte Mitbestimmung in Krisenzeiten überhaupt durchzusetzen ist und das Ziel einwirklich demokratischer Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gemeinwohl und Versicherten, kann die Wiesbadener Konferenz leider nicht bieten.

Die Erfahrung mit zunehmenden Klassenkämpfen, Angriffen auf den Sozialstaat und Lebensstandard um nicht zuletzt mit einem sozialdemokratischen „Krisenmanagement“ à la Lafontaine wird jedoch in der AFA ihren Niederschlag finden. Sie kann in den 90er Jahren nicht nur Sprachrohr einer neuen Schicht kämpferischer Arbeiter und Angestellter, sondern auch eine Plattform für die sozialistische Erneuerung oder Instandbesetzung der SPD werden. Mehrere Delegierte, die VORAN kauften, drückten mir zwei oder gar fünf Mark in die Hand.

Vom AFA-Kongreß berichtete
Hans-Gerd Öfinger.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

gen: Über die Hälfte sind zum Lohnverzicht bereit, wenn es neue Arbeitsplatz bringt. Der Verzicht wäre nichtig, wenn besser angebracht gewesen wäre für die Streikenden der Gewerkschaften, um in Flächenstreiks eine drastische Verringerung der Arbeitszeit zu erkämpfen.

Klare Politik

Wenn nicht SPD- und Gewerkschaftsführung dem Skandal der Massentarbeitslosigkeit bisher absolut hilflos gegenübergestanden hätten, wäre die jetzige Diskussion um Lafontaines Vorschläge überflüssig. Eins hat Oskar jedoch erreicht: Jeder nimmt zusehen Thesen Stellung und die SP ist plötzlich wieder in aller Munde. Nun wird es Zeit, daß die Parteiführung mit konsequenter Oppositionspolitik und einem klaren kämpferischen Programm im Interesse der Arbeiter Future macht!

Angela Barkert, Köln
Jungsozialistin

Bringt Anträge gegen die Vorstöße Lafontaines und zur Unterstützung gewerkschaftlicher Positionen in die Partei ein!



Wirtschafts- und sozialistische und fordere Kultur für alle. Deshalb sei Schluss und Woche!

VORAN

Bundespost

Sinnvolle Planung statt Profitmaximierung!

Vor über 100 Jahren übernahm der preussische Stat gegen 3 Millionen Taler die Thurn- und Taxische Postverwaltung. Die Profite waren zu niedrig. Auch am Aufbau des Fernmeldewesens hatten private Investoren kein Interesse. Wie sich die Zeiten ändern! Wie die Heuschrecken fallen die Unternehmer jetzt über die Post her.

Was hat sich verändert? Die Deutsche Bundespost ist heute der größte Betrieb Europas. Beschäftigte: 550.000, Umsatz: 50 Mrd. DM, Investitionen: 20 Mrd. DM, Gewinn: 3 Mrd. DM. Es ist vor allem der hohe Gewinn, an den die Unternehmer ran wollen. Ohne die Verluste von 2,2 Mrd. DM bei der gelben Post sind das 5,2 Mrd. DM im Jahr.

Das größte Problem für die Unternehmer besteht heute darin, ihr Kapital gewinnbringend anzulegen. Neue oder erweiterte Produktionen lohnen sich nicht wegen Überproduktion. Deshalb versuchen sie ihre Gewinne durch Lohndruck, Rationalisierung, Spekulation, staatliche Umverteilung von unten nach oben und durch Privatisierung gewinnbringender staatlicher Betriebe zu erhöhen.

Anlage-Möglichkeiten

Was die Post besonders interessant für die Kapitalisten macht ist der neu erscheinende Markt im Fernmeldebereich. Die Telemark als neue Verbund aus Fernmelde-, Computer- und Biotechnik soll zum Gebiet privat-kapitalistischer Kapitalverwertung werden. Die technische Entwicklung hat die Grenzen zwischen Nachrichtenwesen, Datenverarbeitung und Bürotechnik verwischt (siehe Kasten über ISDN). Die Informations- und Kommunikationstechnologie wird von den Unternehmern deshalb als Schlüsseltechnologie für neue Märkte angesehen. Es wird ein Umsatz von 600 Mrd. DM erwartet.

Die Entwicklung im Bereich Informations- und Kommunikationstechno-

Sowjetunion

Die größten Massendemonstrationen seit 1917 in der armenischen Sowjetrepublik haben Gorbatschow dazu gezwungen, mit den Vertretern der Demonstranten über Zugeständnisse zu verhandeln. Sie verlangen die Wieder-Eingliederung der überwiegend von Armeniern bewohnten autonomen Region Nagorny Karabach nach Armenien, die seit 1923 Teil der aserbaidschanischen Sowjetrepublik ist.

Bei den Demonstrationen in Karabach selbst kam es zu blutigen Zusammenstößen. Sowjetische Stellen geben 31 Tote zu, inoffizielle Schätzungen liegen zwischen 100 und 300 Opfern. Angespornt durch Glasnost fühlen sich immer mehr Nationalitäten im Vielvölkerstaat Sowjetunion ermutigt, ihre jahrzehntlang unterdrückten Forderungen vorzutragen. Lituauer, Letten und Esten protestierten im Baltikum, das von Stalin 1940 im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes von der Sowjetunion einverleibt wurde. Im Dezember 1986 kam es zu größeren Unruhen in Kasachstan. Die Kriminalisten demonstrierten vor einem Jahr auf dem Roten Platz in Moskau für ihre nationalen Rechte. Sie waren seinerzeit von Stalin zwangsdeportiert worden.

Vom Erbe der leninischen Nationalitätenpolitik ist seit dem Aufstieg der stalinistischen Bürokratie nichts mehr übrig geblieben. Lenin und die Bolschewiki traten ganz unzweideutig für das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Losrennung ein. Durch ein sensibles Ange-

Das ISDN-System bietet außerdem die ideale technische Voraussetzung für optimale gesellschaftliche Wirtschaftsplannung. Unter kapitalistischen Verhältnissen wird es dagegen wie fast jede moderne Technik zum sozialen Rückschritt für die Masse der Bevölkerung führen. Statt Arbeitszeitverkürzung führt sie zu Arbeitslosigkeit. Statt für sinnvolle gesellschaftliche Planung wird sie eingesetzt für die Profitmaximierung einzelner Kapitalisten und zur Zerschlagung der Post. Und so verdienen die Unternehmer an der Zerschlagung der Post und der Einführung von ISDN:

1. Für die Unternehmer wird die gesamte geschäftliche Kommunikation wenig arbeitsaufwendig und billiger.
2. Für multinationale Konzerne im Telekommunikationsbereich entsteht ein riesiger Markt bei Endgeräten, di-



Unterstützt die Aktivitäten der Deutschen Postgewerkschaft!

„Glasnost“ auf dem Prüfstand

hen auf die Ansprüche nationaler Minderheiten gelang es, die russische Arbeiterklasse mit der der nationalen Minderheiten zu verbinden. Ohne diese Politik wäre die Oktoberrevolution zum Scheitern verurteilt gewesen und der Vielvölkerstaat auseinandergebrochen.

Don Askarjan, armenischer Filmemacher aus Karabach, schilderte in einem Interview die alltägliche Repression: „Zum Beispiel hatten die Karabacher jahrzehntlang keine Gasleitung, obwohl es in Baku sehr viel Erdgas gibt. Die Gasleitungen reichten nur bis kurz vor die Grenzen von Karabach. Dasselbe gilt für die Zugverbindungen. Jahrzehntlang mußten Karabacher, wenn sie den Zug nehmen wollten, nur bis nächsten aserbaidzhanischen Ortsschaft fahren, weil die Gleise nicht bis Karabach führten. Man konnte auch in ganz Karabach kein Kind taufen, weil es keine einzige funktionierende Kirche gab. Man mußte für die Taufe nach Etschmiadsin in Armenien fahren. . . Bis heute kann man in Karabach auch kein armenisches Fernsehen empfangen: Ein Programm auf Russisch kommt aus Moskau, das andere aus Baku ist in aserbaidzhanischer Sprache.“

Doch die großrussische, chauvinistische Bürokratie unter Stalin machte sich vieler Verbrechen gegen die nationalen Minderheiten – bis hin zum Völkermord und Massendeportation – schuldig. Die Bürokratie verteidigt ihre Privilegien, indem sie alle demokratischen Rechte unterdrückt. Unabhängige Gewerkschaften, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind mit ihrer Herrschaft ebenso unvereinbar wie das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Sie sind nur durch eine politische Revolution der Arbeiter aller Nationalitäten durchzusetzen, in der die Herrschaft der Bürokratie gestürzt und auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln eine echte sozialistische Demokratie aufgebaut wird.

ISDN – was ist das?

ISDN heißt: Integrated Service Digital Network oder auf deutsch: integriertes Dienstleistungsnetz. Dabei geht es darum, die Funktion des Telefonnetzes durch Digitalisierung zu erweitern zu einem rechnergesteuerten integrierten Sprach- und Datennetz. Im herkömmlichen Telefonnetz werden die Informationen durch elektrische Schwingungen übertragen. Bei der Digitalisierung wird die Information in elektrische Impulse aufgelöst. Statt elektromechanischer Vermittlungsstellen (Relais) benötigt man im ISDN-System computergesteuerte. Das bedeutet, daß über einen Telefonan-

geschalteten Vermittlungsstellen, Kupfer- und Glasfasern. . .

3. Durch die in Aussicht gestellte Privatisierung von Vermittlungsstellen können sich Privatfirmen lukrative Netze (z.B. in Industriegebieten) ausbauen. Dünn besiedelte Gebiete bleiben bei der Post.

Die Zerschlagung der Post dient einzig und allein den Unternehmern, für die Telefon und Dienstleistungen im Telekommunikationsbereich billiger werden, und der handvoll multinationaler Konzerne, die Endgeräte und technische Einrichtungen herstellen und sich den profitablen Bereich der Dienstleistung bei der Informations- und Kommunikationstechnik unter den Nagel reißen werden. Das muß verhindert werden.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

BBC Mannheim

Arbeiter kämpfen gegen Entlassungen

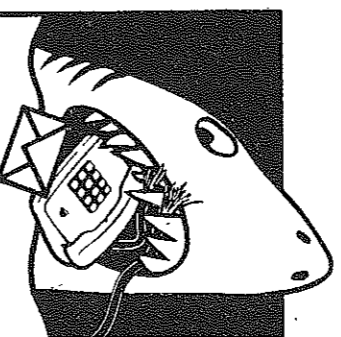
In den vergangenen Wochen wird Mannheim immer häufiger als das Rheinhausen Baden-Württembergs bezeichnet. Tatsächlich liegt die Arbeitslosigkeit Mannheims mit über 10% weit über dem Landesdurchschnitt (5,5%). Ende Februar kam nun die Hiobsbotschaft der Geschäftsführung von BBC, der neben Daimler-Benz den größten Arbeitgeber und Ausbilder Mannheims darstellt, daß durch den Zusammenschluß der Firmen BBC und ASEA mit einem Abbau von 1500 Arbeitsplätzen zu rechnen sei.

Der Betriebsrat gibt die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze mit 2500 deutlich höher an. Dabei handelt es sich vor allem um teilweise hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Planung und Konstruktion von Trafos- und Kraftwerksbau, um Angestellte in der Verwaltung und um zahlreiche Ausbildungsplätze. Das zeigt, wie unsinnig und falsch die Behauptungen bürokratischer Politiker und Medien sind, daß nur in den sogenannten Altindustriellen Arbeitsplätze gefährdet seien. Hier sehen wir deutlich, daß allein das Profitinteresse der Kapitalisten darüber entscheidet, ob tausende Menschen Arbeit haben oder nicht.

Die Belegschaft bei BBC-Käfertal hat dies erkannt. Bei einer dreitägigen Betriebsversammlung und etlichen Aktionen wurde deutlich, daß es für die Betriebsleistung keine Chance mehr zur Spaltung der Belegschaft gibt. Arbeiter, Angestellte und Ingenieure haben erkannt, daß „Sozialpartner-

schluß künftig während eines Telefongesprächs gleichzeitig Daten und Texte übermittelt werden können. Man braucht nur an eine einheitliche ISDN-Steckdose mehrere Endgeräte dranhängen (Telekopierer, Computer etc.)

1985 hat die Post begonnen, die 6200 Orts- und 500 Fernvermittlungstellen in digitalisierte speicherprogrammierte Computervermittlungssysteme umzurüsten. Durch die Verlegung von Kupferkabeln wird die Übertragungsgeschwindigkeit enorm erhöht. Noch schnellere Datenübertragung ist durch Glasfaser möglich.



Sichert die Post - Rettet das Fernmeldewesen



schaft“ eine große Lüge ist und derzeitendlich nur Spielball der Interessen des Kapitals sind. Zwischen 1974 und 1984 bezogen Konzern Subventionen vom schutzministerium in Höhe von Milliarden DM für den Ausbaus Forschungsbereiches. Der internationale Konzern brüstet sich damit, Mrd. Dollar in der Kasse zu haben, wovon 2 Mrd. jederzeit verfügbar sind. Die Belegschaft wird es nicht nehmen, daß sich der Konzern auf ihre Kosten bereichert. Die der Warnstreiks ist lang und Kampfbereitschaft wird immerber.

Der Kampf gegen die Politik Mannheims Bevölkerung aus. Jetzt gibt es ein Solidaritätskonto und einen Fonds, dessen finanzielle Grundstock von den Kollegen Drais-Werke Mannheim in Höhe 15.000 DM gelegt wurde.

Mannheim wird in den kommenden Jahren von der Wirtschaftskrisis der am meisten betroffenen Regionen Baden-Württembergs sein. Da Baden-Württembergs sein. Da katastrophale Auswirkungen für Gerade jetzt gilt es klar zu machen daß diese Krise dem System Kapitalismus zu verdanken haben, daß es heute mehr denn je notwendig ist, mit klaren sozialistischen Perspektiven gegen den Kapitalismuskämpfen!

Katrin Öfinger, Mannheim
Jungsozialistin

Ich möchte

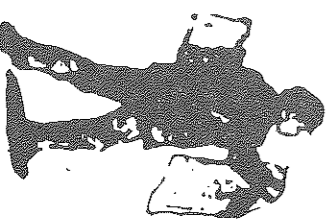
VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelleExemplare in Kommis (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Pacha Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430
Einsenden an: VORAN, Hansring 4, 5 Köln 1



VORAN
untersützen und bitte
um weitere Informationen

Anschrift